

Zur Veröffentlichung vorgesehen in:

Jürgen Weber (Hrsg.), 15 Jahre deutsche Einheit, München: Olzog Verlag 2006

**EUROPÄISCHES DEUTSCHLAND ODER DEUTSCHES EUROPA?  
DEUTSCHE WEGE IN DER AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK SEIT DER  
VEREINIGUNG 1990**

*Gunther Hellmann*

Der Titel meines Vortrags<sup>1</sup> spielt auf zweierlei an: Zum einen ganz offensichtlich auf ein oftmals zitiertes geflügeltes Wort von Thomas Mann ("Wir wollen kein deutsches Europa, wir wollen ein europäisches Deutschland"), das seit der Vereinigung 1990 immer wieder in Erinnerung gerufen wird, wenn es darum geht den Kontrast zwischen zwei historischen Vorläufern deutscher Außenpolitik in Europa zu akzentuieren. Zum anderen verweist er auf den Versuch von Bundeskanzler Schröder, in der Krise um einen drohenden Irak-Krieg 2002/2003 die stark belastete Metapher vom deutschen "Sonderweg" von ihren negativen Konnotationen zu befreien und einen "deutschen Weg" auch in der Außenpolitik als eine attraktive Alternative erscheinen zu lassen.<sup>2</sup> Beide Verweise markieren ein Spannungsfeld, in dem sich deutsche Außenpolitik seit 1990 bewegt.

Angesichts der Themenstellung dieser Tagung werde ich versuchen, in meinem Vortrag dreierlei zu leisten. Erstens werde ich kurz rekapitulieren, mit welchen "bänglichen" Erwartungen und hehren Versprechungen die meisten Deutschen in das Experiment "deutscher

---

<sup>1</sup> Der Beitrag beruht im Kern auf dem Mitschnitt des Vortrags vom 19. Februar 2005. Nur an jenen Stellen, wo neuere Umfragedaten vorliegen, greift er über das ursprüngliche Manuskript hinaus.

<sup>2</sup> "Das Deutschland, für das ich arbeite, ist ein stolzes, ein solidarisches Land (...) ich nenne es 'unser Deutschland' (...). Unser Deutschland vertraut auf seine eigene Kraft (...). Unser Deutschland ist ein selbstbewusstes Land. (...) Unser Deutschland genießt Respekt und Ansehen in der Welt. Weil wir Partner und Vorbild sind. Weil wir das Europa der Völker bauen und weltweit Frieden und Menschenrechte sichern und schützen helfen. Und weil wir deshalb unsere nationalen Interessen nicht verstecken müssen. Das ist unser deutscher Weg. Für diese Vision kämpfe und arbeite ich." Gerhard Schröder, Meine Vision von Deutschland, in: Bild-Zeitung vom 8. August 2002 verfügbar unter <http://www.bundeskanzler.de/-7698.78497/Gerhard-Schroeder-Meine-Vision-von-Deutschland.htm> [2.1.2004].

Einheitsstaat im zweiten Anlauf"<sup>3</sup> starteten. In einem zweiten Schritt werde ich einen großen Sprung in die Gegenwart vornehmen, um Ihnen darzulegen, wo Deutschland heute aus meiner Sicht außenpolitisch steht. Abschließend will ich einen Ausblick wagen, welche Entwicklungsmöglichkeiten sich für Deutschlands Rolle in Europa ergeben.

### *1. Die Ausgangssituation*

Wer beurteilen will, wo Deutschland heute, Anfang 2005, steht, tut gut daran, sich zu vergewissern, wo es herkommt. In der Vorbereitung zu diesem Vortrag habe ich mir nochmals einige Reden aus dem Jahr 1990 angesehen. Darunter befanden sich auch einige Reden des damaligen Außenministers, Hans-Dietrich Genscher. Zwei seiner Reden scheinen mir in diesem Zusammenhang besonders relevant zu sein: zum einen die Rede Genschers vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen wenige Tage vor dem 3. Oktober 1990, in der der deutsche Außenminister nicht nur feierlich beschwor, dass "vom Boden des vereinten Deutschland (...) nur Frieden ausgehen" werde, sondern auch hinzufügte, dass die Verpflichtung der Präambel des Grundgesetzes, "als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa (...) dem Frieden der Welt (zu) dienen", als "Absage an Machtpolitik" und als Selbstverpflichtung auf eine "Politik der Verantwortung" zu verstehen sei. In dieser Rede wiederholte Genscher auch das oben angeführte Zitat Thomas Manns.<sup>4</sup>

Zitierenswert ist zum anderen die Rede, die der deutsche Außenminister wenige Tage zuvor im Zusammenhang mit dem Abschluss des "Zwei-plus-Vier"-Vertrags im Bundestag gehalten hatte. Hier gelobte Genscher, dass die Deutschen zukünftig weltweit mit einer "Politik des guten Beispiels" vorangehen würden.<sup>5</sup> Die allseits als Erfolgsgeschichte gefeierte Außenpolitik der Bonner Republik sollte angesichts des "größeren Gewichts des vereinigten Deutschland"

---

<sup>3</sup> "Freude schöner Götterfunken am 3. Oktober? I wo. Mir ist eher etwas bänglich zumute. Der deutsche Einheitsstaat im zweiten Anlauf – wenn das man diesmal nur besser ausgeht als beim letzten Versuch, denn wir Zeitgenossen müssen sagen, wir sind dabei gewesen. Ich jedenfalls hebe mir meinen deutschen Jubel für in zehn Jahren auf, für den 3. Oktober des Jahres 2000. Bis dahin dürfte sich erwiesen haben, ob zum Jubeln oder zum Haareraufen Anlaß besteht." Joschka Fischer, Hurra, Deutschland!, in: Der Spiegel, Nr. 40/1990, S. 44.

<sup>4</sup> Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor der 45. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26. September 1990, hier zitiert nach Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994 (hrsg. von Reinhard Bettzuege aus Anlass des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes), Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1995, S. 708, 710.

<sup>5</sup> Vgl. Erklärung der Bundesregierung zum Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland durch den Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, am 20. September 1990, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Legislaturperiode, 226. Sitzung, S. 17803D.

fortgeschrieben werden. "Wir wissen, dass sich die Völker Europas die Frage stellen, wie wir Deutschen dieses größere Gewicht nutzen werden", sagte Genscher damals, und er fügte hinzu: "Es kann darauf nur eine Antwort geben: Mit diesem größeren Gewicht streben wir nicht nach mehr Macht, wohl aber sind wir uns der größeren Verantwortung bewusst, die daraus erwächst."<sup>6</sup> Anschließend formulierte Genscher acht Prinzipien einer "Politik des guten Beispiels" für das vereinte Deutschland: (1) die allgemeine Verpflichtung auf den Frieden sowie die Grundwerte des Grundgesetzes; (2) die "europäische Berufung" Deutschlands, die vor allem in der "einzigartigen Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich" ihren Ausdruck finde; (3) eine "besondere Verantwortung für die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa", die in einer "europäischen Stabilitätspolitik" resultieren sollte, "in der die militärischen Faktoren eine immer geringere Rolle spielen"; (4) ein "zukunftsgerichtetes" Verhältnis zur Sowjetunion und (5) zu Polen; (6) eine "größere Verantwortung (...) bei der Vertiefung und der Institutionalisierung des KSZE-Prozesses", die auf ein "institutionalisiertes kooperatives europäisches Sicherheitssystem" abzielen sollte; (7) eine "größere Verantwortung" für die "Stärkung des transatlantischen Verhältnisses", damit der Atlantik "nicht breiter" wird, "wenn die Europäische Gemeinschaft auf dem Weg zur Europäischen Union immer mehr an Identität gewinnt"; sowie (8) eine Verantwortung für eine "neue Weltordnung", die die "Hoffnung auf eine neue Kultur des internationalen Zusammenlebens" nährt. Kurzum: "Die Politik des guten Beispiels verpflichtet uns, die globalen Herausforderungen anzunehmen", und: "Alle diese Aufgaben wird das vereinte Deutschland als besondere Herausforderung verstehen".<sup>7</sup> Diese Projektionen entsprachen auch weitgehend dem Selbstverständnis, das Umfragedaten spiegelten.<sup>8</sup>

Dem Kommentator des britischen "Economist" fiel es ganz offensichtlich schwer, alle diese hehren Versprechungen für bare Münze zu nehmen. Zwar sei es verständlich, dass die Deutschen in der Stunde des Glücks viel Gutes tun wollten und am liebsten allen eine "Pangalossian best of all possible worlds" versprechen. Es sei aber höchst "unrealistisch", dass die Deutschen alle zufrieden stellen könnten. Harte Entscheidungen im Sinne eines entweder-ließen sich nicht vermeiden und daher würde sich sehr bald erweisen, dass die Deutschen in Interessenskonflikten ihre eigenen nationalen Interessen in den Vordergrund rücken würden

---

<sup>6</sup> Ebenda, S. 17804C.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 17804D - 178007A.

<sup>8</sup> Im Folgenden werde ich wiederholt auf Umfragen verweisen, die ich zusammen mit Mitarbeitern zusammengetragen habe und die im Anhang dieses Beitrags dokumentiert werden. Der Einfachheit halber verweise ich einfach auf die jeweilige Ziffer. Zu außenpolitischen Selbstversprechungen im Jahr 1990 vgl. die Umfragen Nr. 1-4 im Anhang.

– mit allen unangenehmen Folgen für ihre Nachbarn und Partner.<sup>9</sup> Deutlich pointierter formulierte die frühere britische Premierministerin Margret Thatcher ihre Zweifel an den geläuterten Deutschen. Zum einen schien ihr "dieses größere Deutschland einfach zu groß und zu mächtig, um weiter seine alte Rolle zu spielen". Zum anderen müssten sich die Europäer in Erinnerung rufen, dass von den Deutschen schon aufgrund ihres "nationalen Charakters" wenig Gutes zu erwarten sei.<sup>10</sup> Deutschland sei "schon allein aufgrund seiner Natur eine destabilisierende und eben keine stabilisierende Kraft in Europa". Die Tatsache, dass dies in den vorangehenden vier Jahrzehnten nicht zum Vorschein gekommen sei, sei nicht der Einbindung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft (oder Europäische Union), sondern vielmehr "ausschließlich dem militärischen und politischen Engagement der USA in Europa und der engen Zusammenarbeit zwischen den beiden stärksten souveränen Staaten Europas – Großbritannien und Frankreich" zu verdanken gewesen. Nur dadurch sei es möglich gewesen, deutsche Macht effektiv auszubalancieren.<sup>11</sup>

Diese skeptische bis (teilweise irrational) pessimistische Beurteilung fand zwar hier und da in ausländischen Medien eine gewisse Resonanz, in der akademischen Debatte wurden die Entwicklungsperspektiven jedoch viel nüchterner, wenn auch durchaus ähnlich skeptisch wie im Kommentar des "Economist" eingeschätzt. Insbesondere die Anhänger des Realismus argumentierten, dass die Vereinigung schon deshalb Machverschiebungen in Europa mit sich bringen würde, weil sie von zwei weiteren gravierenden Einschnitten begleitet werde: dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Paktes. Von diesen

---

<sup>9</sup> "As Germany's influence grows, so will its capacity to upset people. Mr. Kohl and his foreign minister, Mr Hans-Dietrich Genscher, have steered an admirably smooth course to unity by making lots of promises, at least some of which they will not be able to keep. German voters were told that the bill for unity could be paid without an increase in their taxes. The Russians were offered cash and eternal friendship. The Poles were assured (after some unseemly hesitation) that their western border was secure. Germany's EC partners were promised complete Euro-commitment. Americans were promised continuing loyalty to NATO. The words 'either' and 'or' are not in the Kohl-Genscher vocabulary; they offer a Panglossian best of all possible worlds. This is understandable, given that Germany sits in the middle of Europe and wants to keep its neighbours on both sides happy. It is also unrealistic. Trade-offs and hard choices cannot be ducked. [... In the future] [w]here interests conflict, the Germans will put their own interests first." Pross, Deutschland, in: The Economist, 29. September 1990, S. 11-12.

<sup>10</sup> In ihren Memoiren schrieb Thatcher meinte, dass die meisten Politiker sich nicht traute, den Kern des "deutschen Problems" anzusprechen: sie glaube zwar nicht an eine "Kollektivschuld", schrieb sie, "[b]ut I do believe in national character" – und wenn man sich die deutsche Geschichte betrachte, komme man nicht an der Schlussfolgerung vorbei, dass Deutschland seit der ersten Vereinigung unter Bismarck "ständig unkalkulierbar zwischen Aggression und Selbstzweifeln hin und her geschwankt" sei (Margaret Thatcher, The Downing Street Years, New York (Harper Collins), 1993, S. 791). Vgl. hierzu auch das Protokoll einer Zusammenkunft Thatchers mit einer Reihe renommierter Deutschland-Experten am 24. März 1990: Geheimprotokoll "Wer sind die Deutschen?", in: Der Spiegel, Nr. 29, 16. Juli 1990, S. 110-112.

<sup>11</sup> Thatcher, The Downing Street Years, a.a.O., S. 791.

Veränderungen würde kein Staat so stark profitieren wie Deutschland. Folglich sei auch zu erwarten, dass sich dies machtpolitisch niederschlagen würde. Da die "Fesselung" der deutschen Macht (z.B. in der Form der früheren sogenannten Vier-Mächte-Rechte) nunmehr weggefallen sei, sei es sehr wahrscheinlich, dass das nunmehr wieder voll souveräne Deutschland versuchen würde, sich aus alten Bindungen zu lösen und gleichzeitig seinen nationalen Einfluss auf die internationale Politik zu stärken.

Innerhalb Deutschlands war – von ganz wenigen Stimmen abgesehen – von solch skeptischen Stimmen kaum etwas zu hören. Hier überwog ganz eindeutig die Sichtweise, die im Wesentlichen eine Fortsetzung der alten – wie man dann kurze Zeit später sagte – "Bonner Republik" prognostizierte.<sup>12</sup> Auch das vereinigte Deutschland würde demzufolge im Grunde dieselbe außenpolitische Linie verfolgen wie die alte Bundesrepublik. Sie wäre multilateral ausgerichtet, eingebunden in westliche Institutionen und sie würde die Identität einer "Zivilmacht" (auch dieser Begriff kam damals auf), die den Akzent auf eine nicht-militärische Politik legte, beibehalten. Drei Gründe schienen dies nahe zu legen. Erstens hatte man mit dieser Politik in der alten Bundesrepublik ungewöhnlich großen Erfolg gehabt. Warum sollte man ein Erfolgsrezept, das den Deutschen gerade den größten aller denkbaren Erfolge beschiedenen hatte, aufgeben? Zweitens hatte sich Deutschland seit dem 2. Weltkrieg grundlegend verändert. Die außenpolitische "Kultur der Zurückhaltung" sei mittlerweile als Bestandteil der außenpolitischen Identität so tief verwurzelt, dass es überhaupt keinen Grund gäbe zu befürchten, dass Deutschland wieder auf alte Wege der Großmachtspolitik zurückzukehren würde. Drittens, schließlich, war es einfach rational, die alte Politik beizubehalten, weil Deutschland ökonomisch ganz eng in europäische wie auch internationale Institutionen eingebunden war und alles schon dafür sprach, dass diese Verflechtungen auch in Zukunft pfleglich behandelt werden würden, weil die Kosten des Scheiterns vor allem Deutschland selbst am empfindlichsten treffen würden.

## ***2. Die Gegenwart: Ein "deutscheres Deutschland" in einem "deutscheren Europa"?***

Wenn man fünfzehn Jahre später zurück blickt, was ist aus diesen Erwartungen geworden? Bevor ich Ihnen meine Einschätzung darlege, will ich noch einen prominenten Gewährsmann zitieren. In Vorbereitung auf das Amt des Außenministers schrieb Joschka Fischer 1994 ein Buch mit dem Titel "Risiko Deutschland". Darin entwarf Fischer unter anderem diverse

---

<sup>12</sup> Vgl. hierzu die Umfragen Nr. 4 und 9.

Szenarien, in welche Richtung Deutschland sich außenpolitisch entwickeln könnte. Eines davon lohnt sich auch heute noch ausführlicher zu zitieren:

*"[A]us der besonderen deutschen Geschichte heraus ist dieses Land nun einmal gut beraten, keine Rückkehr zu einer militärisch gestützten Außenpolitik zu betreiben. Deutschland war auch ohne Weltpolitik und 'out of area'-Einsätze über Jahrzehnte hinweg voll bündnisfähig und ein allseits geachtetes Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft [...]. Eine erneute 'Vermachtung' der deutschen Politik wie sie gegenwärtig allenthalben gefordert wird, liegt nicht im Interesse Deutschlands. Sehenden Auges würde man eine der größten Errungenschaften der Nachkriegszeit aufgeben, nämlich den Bruch mit der preußisch-deutschen Machtstaatstradition und die Konzentration des demokratischen Deutschlands auf die zivile Politik. Die weitere Entwicklung ist unschwer abzusehen: Es fängt heute mit der Parole 'Mehr Verantwortung übernehmen!' an, dann werden die ersten Kriegseinsätze stattfinden, die ersten Toten wird es geben, die ersten vaterländischen Rituale werden folgen, die Generalität wird mehr Freiheiten wollen, Kriegshelden werden wieder heroisiert, längst überwundene Traditionen werden exhumiert werden und die von den Deutschnationalen heißersehnte Wiederkehr des 'Primats der Außenpolitik' wird dann gefeiert werden dürfen; parallel dazu wird Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erhalten, in dem als ständige Mitglieder heute nur lauter Nuklearmächte sitzen. Folglich wird auch in Deutschland dann die Debatte beginnen um die 'vollständige' Souveränität, und dies ist in der heutigen Welt nun einmal die nukleare Souveränität. Und so wird eines zum anderen kommen, und die wirtschaftliche Großmacht Deutschland wird sich auch auf den Weg zur politischen Großmacht begeben, die Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen – dieses große Ziel der deutschnationalen Revisionsversuche der Gegenwart – wird dann in greifbare Nähe rücken, und das wird bei unseren europäischen Nachbarn alles andere als Entzückensschreie auslösen, sondern Furcht, Misstrauen und mehr oder weniger verdeckte Eindämmungsbemühungen."<sup>13</sup>*

Etwas mehr als zehn Jahre nach Veröffentlichung dieses Buchs sieht es so aus, als ob Deutschland auf dem Weg, den Fischer als ein Negativszenario entwarf, ein erstaunliches Stück zurückgelegt hat – und dies nicht zuletzt unter einer Regierung, von der aufgrund ihrer parteipolitischen Zusammensetzung eine "internationalistische" Politik zu erwarten war. Eine Bilanzierung ist also angesagt und für diese Zwecke werde ich die drei Begriffe aufgreifen, die Sie im Titel Ihrer Tagung erwähnen: Was waren (a) die *Erfolge* deutscher Außenpolitik seit der

---

<sup>13</sup> Joschka Fischer, Risiko Deutschland. Krise und Zukunft der deutschen Politik, Köln: Kiepenheuer und Witsch, 1994, S. 229-230.

Vereinigung, was hat sich (b) als *Illusion* entpuppt und (c) mit welchen *Realitäten* sind wir heute konfrontiert?

(a) Zweifelsohne hat die deutsche Außenpolitik in den letzten fünfzehn Jahren einige *Erfolge* vorzuweisen. Heute fällt es schwer sich vorzustellen, welcher unerwarteter Erfolg es 1990 war, dass die Vereinigung glückte. Kaum zu überschätzen ist auch, wie grundlegend der damit einhergehende Wandel war, denn mit der Vereinigung hatte Deutschland im Grunde alle seine Kernziele erreicht. "Einheit in Frieden und Freiheit" – jene alte Formel, in der die Ziele Bonner Außenpolitik zusammengefasst wurden, war in allen drei Dimensionen gesichert. Auf der "Haben"-Seite ist auch zu verbuchen, dass die beiden wichtigsten geopolitischen Veränderungen in Europa seit 1990 – die Erweiterung von EU und NATO – im Kern deutsche Projekte waren. Ihre Verwirklichung (zu der alle Bundesregierungen seit der Vereinigung beigetragen haben) stellt insofern einen beträchtlichen Erfolg deutscher Außenpolitik dar, auch wenn heute nicht nur die Skepsis gegenüber beiden Institutionen, sondern auch gegenüber den Erweiterungsprozessen beträchtlich ist.<sup>14</sup>

(b) Die letzten fünfzehn Jahre haben aber auch gezeigt, dass die Deutschen einigen *Illusionen* aufgesessen sind. Dazu zählt insbesondere, die vom früheren Außenminister Genscher versprochene "Politik des guten Beispiels". Zwar ist es richtig, dass die deutsche Außenpolitik in erheblichem Maße dazu beigetragen hat, die europäischen Verhältnisse nach 1990 zu stabilisieren, nicht zu übersehen ist allerdings auch, dass von einer "Absage an Machtpolitik" zumindest dann bestenfalls eingeschränkt die Rede sein kann, wenn man den Begriff der "Machtpolitik" nicht anachronistisch auf die Anwendung militärischer Gewalt zur Durchsetzung von Interessen reduziert. Wenn dies die maßgebliche Definition von "Machtpolitik" wäre, wäre die sogenannte "westliche" Welt seit mehr als fünf Jahrzehnten eine "Machtpolitik-freie" Zone. Dies zu behaupten, wäre jedoch vermessen, denn ganz offensichtlich spielt die machtbewusste (wenn auch nicht militärisch-gewaltsame) Durchsetzung von Interessen auch unter den hoch entwickelten Demokratien in EU und NATO weiterhin eine beträchtliche Rolle.

Auch die politisch Verantwortlichen in Bonn bzw. Berlin haben sich in dieser Hinsicht in den letzten Jahren immer stärker hervorgetan – und zwar durchaus im Einklang mit der

---

<sup>14</sup> Vgl. die Umfragen Nr. 8, 21, 22, und 24-26.

öffentlichen Meinung.<sup>15</sup> An anderer Stelle habe ich diese Veränderungen unter dem Stichwort der "machtpolitischen Resozialisierung" deutscher Außenpolitik kritisiert.<sup>16</sup> Zwei Beispiele, die die Illusionsbeladenheit früherer Hoffnungen einer "Politik des guten Beispiels" unterstreichen, möchte ich hier erwähnen. Der Stabilitäts- und Wirtschaftspakt war eine Erfindung der Deutschen. Der frühere Finanzminister Theo Waigel setzte diesen Pakt gegen erhebliche Widerstände in der EU durch, damit – wie es damals hieß – der Euro "deutsch spricht". Eigentlich war dieser Pakt als Disziplinierungsinstrument gedacht gewesen, um wirksam gegen notorische Haushaltssünder (die meisten dachten dabei an die Italiener) vorgehen zu können. Zur Überraschung vieler waren es aber die Deutschen selbst, die bereits gegen Ende der ersten Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung gegen die Regeln verstießen. (Nach Auskunft von Beteiligten an der Konzipierung des Paktes hatten keiner seiner Erfinder je daran gedacht, dass es dazu kommen könnte.) Statt sich aber den Regeln zu unterwerfen, wurden sie zusammen mit Frankreich außer Kraft gesetzt. Das war gewiss nicht das, was sich Genscher oder die europäischen Verbündeten der Deutschen unter einer "Politik des guten Beispiels" vorgestellt hatten. Das zweite Beispiel illusionärer Vorstellungen über eine vorbildliche deutsche Außenpolitik ist das Streben der rot-grünen Bundesregierung nach einem ständigen nationalen Sitz im UN-Sicherheitsrat.<sup>17</sup> Ohne Not verabschiedete sich die Regierung im Frühjahr 2004 von der alten Linie, dass Deutschland einen gemeinsamen Sitz für die Europäische Union anstrebt. Besonders rüde ging die Regierung dabei mit dem engen Verbündeten Italien um, das an einem gemeinsamen EU-Sitz festhalten wollte.<sup>18</sup>

Illusionsbeladen erscheinen im Rückblick aber nicht nur manche wohlfeilen Selbstbilder der Deutschen, sondern auch die Horrorszenarienmaler, die 1990-1991 das Schreckensgemälde

---

<sup>15</sup> Vgl. die Umfragen Nr. 2, 9-13 und 15.

<sup>16</sup> Gunther Hellmann, Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik: Ein Plädoyer für offensiven Idealismus, in: WeltTrends, Heft 42 (Frühjahr 2004), S. 79-88; vgl. hierzu auch die in den nachfolgenden Heften daran anschließende "Debatte 'Großmächtiges Deutschland'" sowie meine "Antwort an die Kritiker" unter dem Titel "Der neue Zwang zur großen Politik und die Wiederentdeckung besserer Welten: Eine Einladung zur Transformation der Auseinandersetzung über die machtpolitische Resozialisierung deutscher Außenpolitik", in: WeltTrends, Heft 47 (Sommer 2005), S. 117-125.

<sup>17</sup> Vgl. Gunther Hellmann, Ex Occidente Lux...: Warum der deutsche Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat schlecht begründet ist und wie Deutschland auf anderem Wege 'dauerhaft mehr Verantwortung übernehmen' kann, in: Politische Vierteljahresschrift, 45. Jg., Nr.4 (Winter 2004), S. 479-493.

<sup>18</sup> Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Unterstützung in der deutschen Öffentlichkeit weit verhaltener ist als dies die Bundesregierung darzustellen pflegt; vgl. die Umfragen Nr. 10 (dort insbesondere die vergleichsweise *geringe Bedeutung*, die die deutsche Öffentlichkeit diesem Ziel zuweist) sowie Nr. 14, derzufolge zwar eine grundsätzliche Zustimmung zu vermelden ist, die Deutschen aber nach wie vor mit einer deutlichen Mehrheit einen gemeinsamen europäischen Sitz einem nationalen deutschen vorziehen.



eines "Vierten Reiches" an die Wand malten. Die Deutschen sind in der Welt geschätzt – was allerdings nicht ihrer Selbstwahrnehmung entspricht.<sup>19</sup> Auch die deutsche Außenpolitik ist insofern "normaler" geworden als sie sich von den gängigen machtpolitischen Praktiken vergleichbar großer Staaten wie beispielsweise Frankreich oder Großbritannien nicht mehr unterscheidet. Allerdings strebt es genauso wenig (oder genauso stark) nach einer Vormachtrolle in Europa wie diese auch.

(c) Dies bringt mich zu den *Realitäten*. Wenn man die Summe aus dem zuvor Gesagten ziehen will, so könnte sie zugespitzt in etwa so ausfallen: Deutschland ist zu einer "normalen" europäischen Großmacht geworden ist.<sup>20</sup> Allerdings – und diese ist das prekäre an der Entwicklung der letzten Jahre – Deutschland ist eine "normale" europäische Großmacht, die, wenn man klassische Indikatoren von Macht angelegt, eine *absteigende* Macht ist. Hinzu kommt, dass diese absteigende Macht in den letzten Jahren immer öfter durch wachsende, manche würden sogar sagen: überbordende Ambitionen aufgefallen ist. Das Streben nach einem ständigen nationalen Sitz im UN-Sicherheitsrat ist das prominenteste Beispiel für diesen "neo-wilhelminischen" Drang nach einem "Platz an der Sonne".<sup>21</sup> Aber auch andere Stichworte (sozio-ökonomische und demographische Krise) wären in diesem Zusammenhang zu nennen, auf die ich an dieser Stelle jedoch nicht ausführlicher eingehen kann.<sup>22</sup> Einen Aspekt möchte ich allerdings noch herausgreifen, weil er die Kluft zwischen außenpolitischem Anspruch und verfügbaren Mitteln besonders gut auf den Punkt bringt.

Diese Mittel sind in den Jahren seit der Vereinigung deutlich reduziert worden. Während der um die Inflationsrate bereinigte Bundeshaushalt seit 1990 um fast 30 Prozent gewachsen ist, sind die Ausgaben für Verteidigung drastisch (von 32 Mrd. Euro im Jahr 1990 auf unter 23 Mrd. Euro im Jahr 2001) und für Entwicklungshilfe merklich (von 4,3 Mrd. Euro 1990 auf 3,6 Mrd. Euro in 2001) gesunken.<sup>23</sup> Nur das (von allen drei Ministerien kleinste) Budget des Auswärtigen Amtes konnte zwischen 1990 und 2001 ein geringfügiges Plus verzeichnen (von knapp 1,8 Mrd. Euro auf knapp 2 Mrd. Euro).

---

<sup>19</sup> Vgl. Umfragen Nr. 16-19.

<sup>20</sup> Vgl. Umfragen Nr. 6, 7 und 10-13.

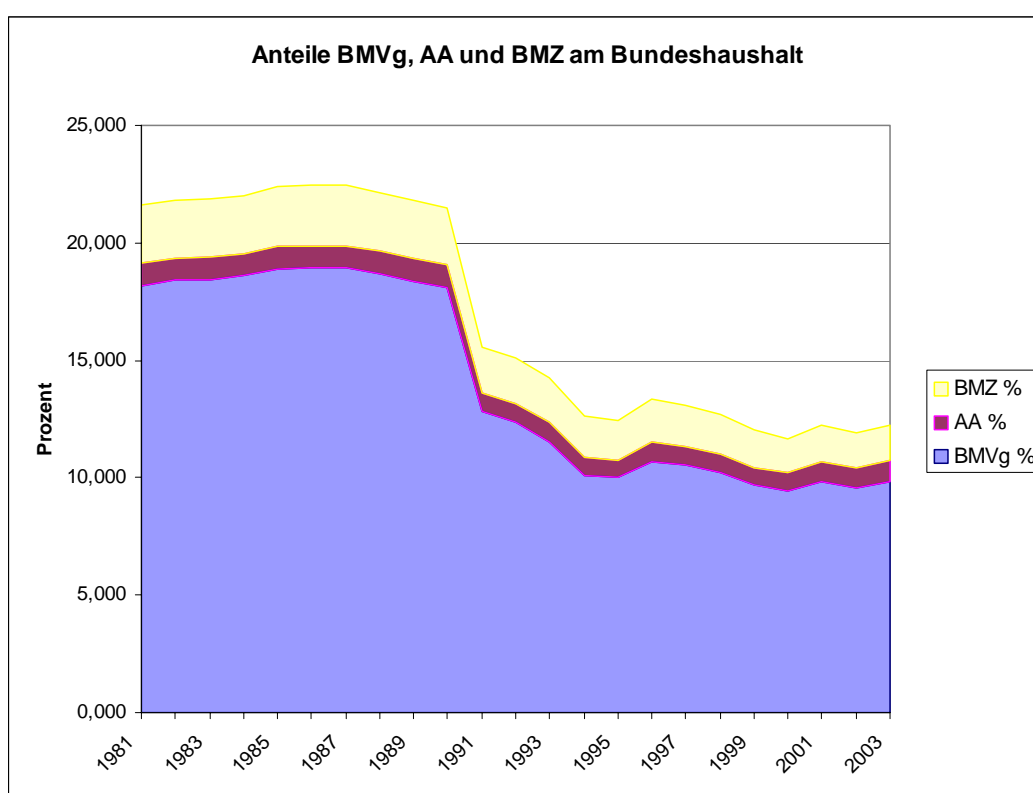
<sup>21</sup> Vgl. Gunther Hellmann, Germany's place in the sun. The rising ambition of a declining power, in: International Herald Tribune, September 23, 2004, p. 6.

<sup>22</sup> Vgl. allerdings Gunther Hellmann und Reinhard Wolf, Neuer Spielplan auf der Weltbühne. Deutschlands Auftritt muss abgesagt werden, in: Internationale Politik 8/2004, S.73-80; vgl. auch die Umfragen unter Nr. 20.

<sup>23</sup> Diese Zahlen beziehen sich auf Angaben des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2002. Als Basisjahr der Kalkulationen wurde 1995 gewählt. Die detaillierten Zahlen sind verfügbar unter [http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/IP\\_09\\_2003\\_Daten\\_www.pdf](http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/IP_09_2003_Daten_www.pdf).

Wie dramatisch der Einbruch der Gesamtausgaben für die Außenpolitik ausfällt wird allerdings erst deutlich, wenn man sich die Veränderungen der Anteile dieser drei Ministerien an den Ausgaben des Bundes insgesamt ansieht. Verfügt sie im Jahr 1990 noch über einen Anteil von 21,5 Prozent so hat sich dieser Wert bis 2003 mit knapp über 12 Prozent fast halbiert (vgl. Schaubild 1). Der Anteil des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung hingegen stieg im gleichen Zeitraum von 23 Prozent auf knapp 36 Prozent.

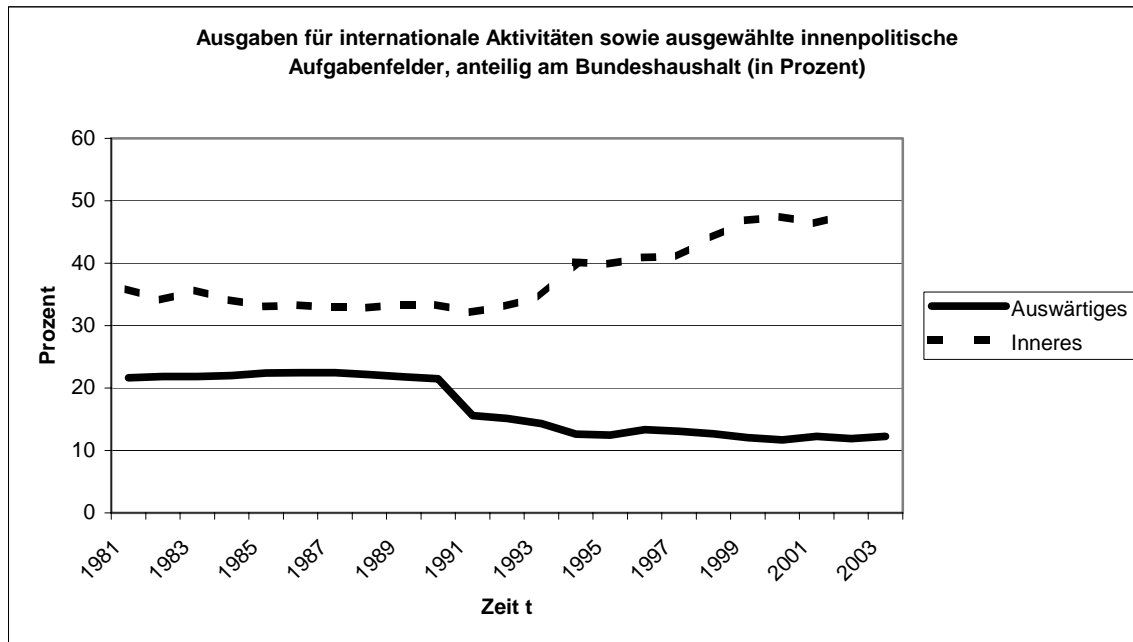
**Schaubild 1**



Man kann dies auch nochmals aus einer anderen Perspektive betrachten. Während die Ausgaben für zentrale Felder der Innenpolitik nach der Vereinigung deutlich anstiegen, gab es einen ebenso deutlichen Einbruch bei den anteiligen Ausgaben für "Auswärtiges". Dies kommt sehr gut in Schaubild 2 zum Vorschein. Hier beinhaltet die Kategorie "Auswärtiges" die summierten Anteile der Einzelpläne des Bundesministeriums für Verteidigung, des Bundesministeriums für Entwicklung und Zusammenarbeit sowie des Auswärtigen Amtes. Die Kategorie "Inneres" beinhaltet die summierten Anteile des Bundesministeriums für Arbeit und

Sozialordnung, des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie des Bundesministerium des Innern. Diese Grafik zeigt sehr deutlich, wie sich die Gewichte zwischen Innen- und Außenpolitik verschoben haben.

**Schaubild 2**



Da der Staatshaushalt einer der besten Indikatoren dafür ist, welche Prioritäten eine Gesellschaft setzt und wie sie die Gewichte zwischen innerstaatlichen und internationalen Aufgaben verteilt, belegen diese Zahlen eindeutig, dass der Sozialstaat nicht nur seit jeher Vorrang, sondern in den letzten Jahren sogar noch deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Angesichts sinkender bzw. chronisch den Ausgaben hinterher hinkender Steuereinnahmen, steigender Schuldenlast und – selbst nach den Strukturreformen der "Agenda 2010" – anhaltend hohen Sozialausgaben einerseits und einer nachlassenden Bereitschaft der Deutschen andererseits, in internationalen Krisensituationen wie früher das Scheckbuch zu zücken,<sup>24</sup> ist schwer auszumachen, wo die finanziellen Mittel für die unterschiedlichsten internationale Engagements herkommen sollen, die von den Deutschen noch immer erwartet werden – eine Erwartungshaltung, die zumindest in Teilen durch die deutschen Gestaltungsansprüche (z.B. UN-Sitz) auch genährt wird.

<sup>24</sup> Vgl. hierzu auch die bemerkenswerte Trendwende in der seit langem gestellten Frage, ob Deutschland international "mehr Verantwortung übernehmen" oder sich stärker "zurückhalten" soll in Umfrage Nr. 2.

### ***3. Ausblick: Eine Strategie der Konsolidierung***

Eine pointierte, aber durchaus treffende Beschreibung der neuen Rolle Deutschlands in der Welt wäre also eine, die Deutschland als eine absteigende Macht mit wachsenden Ambitionen kennzeichnet. Das zuvor genannte Stichwort der "machtpolitischen Resozialisierung" versucht dies auf einen knappen Nenner zu bringen. Ist es allerdings wirklich so schädlich, wie hier unterstellt, wenn Deutschland einen Weg beschreitet, den vergleichbare "westliche" Demokratien wie Frankreich und Großbritannien schon immer beschritten haben?<sup>25</sup> Die Optimisten unter den Anhängern einer machtpolitischen Resozialisierung argumentieren, dass die Folgen harmlos seien. Deutschland sei eine gefestigte Demokratie und die Europäische Union – trotz aller gegenwärtiger Probleme – eine gefestigte Sicherheitsgemeinschaft. Auch wenn das Klima in der EU als Folge einer machtbewussteren Auftretens Deutschlands rauer würde, wären die Folgen nicht schlimmer als etwa unter den Bedingungen anhaltender Verteilungskämpfe im deutschen Föderalismus. Die Skeptiker (zu denen ich mich selbst zähle) teilen diesen Optimismus nicht. Für sie ist die Einschätzung entscheidend, dass die Strategie der machtpolitischen Resozialisierung weder zwingend noch harmlos ist: Sie ist nicht zwingend, weil mit der Begrenzung außenpolitischer Ambitionen eine überzeugende Alternative zur Verfügung steht, und sie ist schon alleine deshalb nicht harmlos, weil das Gefüge der EU weit zerbrechlicher ist als der deutsche Föderalismus. Zudem zeigt auch ein Blick in die Geschichte, dass ein systematischer Rekurs auf machtpolitische Durchsetzungsstrategien selten mit außenpolitischen Erfolgen Deutschlands (geschweige denn europäischen Blütephasen) verknüpft war.

Kann sich aber eine wieder erstandene "große Macht in Europa" (Gerhard Schröder<sup>26</sup>) wie Deutschland dagegen entscheiden, (wieder) eine "Großmacht" (und wenn auch nur eine Großmacht der Größe Frankreichs oder Großbritanniens) zu werden? Anders formuliert: Kann sich deutsche Außenpolitik den (vermeintlichen) Zwängen und (unübersehbaren) Versuchungen einer machtpolitischen Resozialisierung widersetzen? Die Antwort ist ein klares "Ja"!

---

<sup>25</sup> Die nachfolgenden Ausführungen greifen auf einen Beitrag zurück, der unter dem Titel "Konsolidierung statt machtpolitischer Resozialisierung: Kernelemente einer neuen deutschen Außenpolitik" erscheinen wird (in: Stefan Böckenförde (Hrsg.), *Wohin steuert die deutsche Außenpolitik*, Dresden, TUDPress, 2005).

<sup>26</sup> Vgl. Gerhard Schröder, *Eine Außenpolitik des "Dritten Weges"?* in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 50. Jg., Nr. 7-8 (1999), S. 394.

Ausgangspunkt jeglicher "großer Strategie" deutscher Außenpolitik muss das Grundgesetz und dort insbesondere die Präambel sein. Dort heißt es unmissverständlich, dass das deutsche Volk "von dem Willen beseelt" sei, "als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen". Eine *vierfache normative Vorgabe* der deutschen Verfassung ist also klar ersichtlich: Erstens ist das vorrangige Handlungsfeld deutscher Außenpolitik "Europa". Zweitens soll deutsche Außenpolitik auf ein "vereintes" Europa hinarbeiten, in dem es, drittens, weder Vorrechte anstreben noch einen minderen Status akzeptieren soll. In diesem vereinten Europa "gleichberechtigter Glieder" soll Deutschland schließlich, viertens, "dem Frieden der Welt dienen".

In der alten Bonner Republik wurden diese Vorgaben in vier handlungsleitende Maxime übersetzt:

(a) den Auf- und Ausbau supranationaler integrierter Herrschaftsstrukturen, die "Europa" ein bislang nicht gekanntes Ausmaß an Frieden und Wohlstand bescherten;

(b) die Orientierung an einem genuinen Multilateralismus als friedensstiftender Maßnahme weit über den europäischen Kontext hinaus;

(c) eine "Kultur der Zurückhaltung", die nicht nur in militärischen Instrumenten bestenfalls eine *ultima ratio*, sondern ganz allgemein den primären Platz deutscher Diplomatie *hinter* den Kulissen der prestigeträchtigen "Weltbühne" sah, auf der die Großmächte ihre (nicht immer ganz harmonischen) "Konzerte" präsentierten;

(d) die Überzeugung, dass es möglich sei, konkurrierende Ziele gleichzeitig zu verfolgen – die sogenannte Politik des "Sowohl-als-auch" – symbolisiert am besten durch die zentrale Maxime, trotz aller innerer Spannungen gute Beziehungen sowohl mit Frankreich wie auch den USA zu pflegen.

Keine einzige dieser Maxime ist überholt, im Gegenteil: sie sind unter den neuen Rahmenbedingungen europäischer wie auch internationaler Politik vielleicht sogar angemessener und erfolgversprechender als zuvor. Sie wird auch nach wie vor von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen.<sup>27</sup> Gewiss, die Präambel des Grundgesetzes ist

---

<sup>27</sup> Vgl. die Umfragen Nr. 9-11 und 23-25.

interpretationsfähig und interpretationsbedürftig. Sie lässt aber nicht beliebig viele Interpretationen zu. Über die Frage, wie ein "vereintes Europa" befördert werden kann oder was "dem Frieden in der Welt dient", lässt sich sicherlich streiten. Nicht jede Politik wird sich allerdings mit diesen normativen Vorgaben vereinbaren lassen. Das gilt ganz offensichtlich für das Streben der Bundesregierung nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, das (falls es wider Erwarten doch von Erfolg gekrönt sein sollte) nicht nur eindeutig zu *Vorrechten* gegenüber den meisten anderen EU-Partnern (wie etwa Italien) führen, sondern auch das Gebot einer (in der Forderung nach einem "vereinten Europa" enthaltenen) "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" der EU unterminieren würde. Eine Politik, die Buchstaben und Geist der Präambel des Grundgesetzes verpflichtet ist, kann also unterschiedlich ausfallen. Praktiken, die traditioneller oder "moderner" Großmachtspolitik entsprechen, lassen sich mit dieser Vorgabe im Regelfall aber wohl kaum vereinbaren. Die Rückbesinnung auf eine seriöse Fundierung deutscher Außenpolitik erfordert, dass nicht die Fähigkeiten an die Ambitionen angepasst werden, sondern umgekehrt die Ambitionen mit den normativen Vorgaben des Grundgesetzes versöhnt und auf die verfügbaren Ressourcen abgestimmt werden. Eine *Strategie der Konsolidierung* deutscher wie auch europäischer Erfolge wäre vor diesem Hintergrund nicht nur die angemessene, sondern auch die legitimationsfähige Strategie.<sup>28</sup>

Drei Grundsätze sollten bei einer solchen Strategie der Konsolidierung handlungsleitend sein:

(a) Als übergeordneter, noch vergleichsweise allgemein gehaltener Grundsatz stünde die Einsicht im Zentrum, dass das überragende "nationale" Interesse Deutschlands darin besteht, die spannungsreichen "nationalen" Interessen auszugleichen, die sich in den wichtigsten Kooperationsnetzwerken äußern, in denen deutsche Außenpolitik operiert.

(b) Ergänzt werden müsste diese Handlungsmaxime durch den Zusatz, dass Deutschland diese ausgleichende und vermittelnde Rolle aufgrund seiner eigenen prekären Ressourcenbasis bis auf weiteres nicht mehr wie früher durch materielle Anreize anreichern kann. Gewiss, Deutschland sollte zu seinen Zusagen stehen und sich im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin an (im breitesten Sinne, d. h. die klassische Entwicklungspolitik einschließenden Sinne: "friedensstiftenden") multilateralen Engagements beteiligen. Da diese Möglichkeiten heute allerdings weit eingeschränkter sind als noch vor zehn oder zwanzig Jahren, müssen profilierte internationale Engagements zukünftig sorgfältiger ausgewählt werden.

---

<sup>28</sup> Vgl. die Umfragen 2, 5, 6 und 9-11.

(c) Als einfache Daumenregel kann dabei gelten, dass die materiellen Aufwendungen umso geringer ausfallen können, je weniger Deutschland sich in den Vordergrund spielt und je mehr Partner es in gemeinsame Projekte einbindet. Mehr noch, nach den eingespielten Praktiken der internationalen Politik ist die alte Bonner Tugend der "Kultur der Zurückhaltung" eine zentrale Erfolgsbedingung für beides: Deutschland wird nicht nur umso geringere materielle Aufwendungen aufbringen müssen, sondern auch umso mehr Partner für gemeinsame Projekte gewinnen, je weniger es sich in den Vordergrund spielt. Eine auf Ausgleich und Vermittlung bedachte Grundausrichtung deutscher Außenpolitik muss daher vor allem der Versuchung widerstehen, eine prestigegetriebene und statusorientierte Politik zu verfolgen, wie sie von der Regierung Schröder etwa im Blick auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat oder im Blick auf Vorrechte innerhalb der EU während der Konferenz von Nizza betrieben wurde.

Eine auf Ausgleich und Vermittlung bedachte Grundausrichtung deutscher Außenpolitik wäre nicht nur eine angemessene Übersetzung des Verfassungsauftrages, sondern auch eine geeignete Herangehensweise an eine Vielzahl sich aktuell bündelnder Probleme. Zu diesen Problemen zählt vor allem, dass die beiden traditionell wichtigsten Kooperationsnetzwerke deutscher Außenpolitik, die EU und die transatlantische Kooperationsgemeinschaft, in den letzten Jahren in ein ähnlich schweres Fahrwasser geraten sind wie die deutsche Außenpolitik selbst. Für beide Kooperationsnetzwerke gibt es weiterhin zwei privilegierte Partner: Frankreich (in Bezug auf die EU) und die USA (in Bezug auf die NATO). Beide sind allerdings aus unterschiedlichen Gründen auch schwierigere Partner geworden.<sup>29</sup>

Die USA bleiben zukünftig schon deshalb ein zentraler Dreh- und Angelpunkt deutscher Außenpolitik, weil die weltpolitische Rolle der USA, die nach wie vor weit nach Europa hineinreicht, auf absehbare Zeit dominant bleiben wird. Umgekehrt gilt dasselbe allerdings nicht: Europa (und Deutschland) sind für die USA heute merklich unwichtiger als noch vor fünfzehn oder fünfzig Jahren. Dies wird nicht ohne Folgen bleiben für das, was deutsche (bzw. europäische) Politik in Washington erreichen kann. Da darüber hinaus auch die Kooperation mit Frankreich unabdingbar bleiben wird (gegenwärtig ist das am offensichtlichsten im Blick auf die Lösung der Krise der Europäischen Union), stellt sich die Grundkonstellation deutscher Außenpolitik in der "Berliner Republik" im Vergleich zur "Bonner Republik" weit weniger dramatisch verändert dar, als es auf den ersten Blick erscheinen mag: Hauptziel deutscher

---

<sup>29</sup> Dies sieht auch die deutsche Öffentlichkeit so, vgl. die Umfragen Nr. 8, 10, 27-31.

Außenpolitik sollte es nach wie vor sein, Situationen zu vermeiden, in denen man sich zwischen Paris (EU) oder Washington (NATO) im Sinne eines "Entweder-oder" entscheiden muss. Da sich aber sowohl die deutschen Gestaltungsmöglichkeiten wie auch der Gestaltungsanspruch gegenüber beiden Partnern in den letzten Jahren deutlich verändert haben, muss man diese Maxime den neuen Rahmenbedingungen anpassen. Sie könnte dann in etwa so lauten: Deutsche Außenpolitik muss ein herausragendes Interesse an möglichst guten französisch-amerikanischen Beziehungen haben. Da diese aufgrund der tief in der jeweiligen politischen Kultur verwurzelten Ambitionen beider Staaten allerdings so lange unter dem Bann der Machtkonkurrenz stehen werden, wie eine einigende gemeinsame Bedrohung nicht am Horizont erscheint (und der internationale Terrorismus stellt diese Bedrohung zumindest derzeit noch nicht dar), wird es für Deutschland umso wichtiger sein, gegenüber *beiden* eigenständige Akzente zu setzen, die *keiner* von ihnen völlig ignorieren kann. Da sich Deutschlands Abhängigkeit von beiden seit 1990 merklich verringert hat, kann es sich Berlin heute auch leisten, das frühere "Sowohl-als-auch" gelegentlich in ein *verbindliches* "Weder-noch" zu übersetzen. Für Paris und Washington wird diese Maxime umso leichter verdaulich sein, je überzeugender diese als Ausdruck einer außenpolitischen Leitlinie kommuniziert wird, die zum einen von einem genuinen Ansinnen auf Vermittlung und Interessenausgleich ohne einseitige Vorteile zugunsten Deutschlands getragen ist und zum anderen dazu beiträgt, die Fundamente von NATO *und* EU unter den veränderten Bedingungen stabilisieren.

Eine gewisse Privilegierung Frankreichs und der USA als herausragenden Partnern kann dabei nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter den neuen Rahmenbedingungen europäischer wie auch transatlantischer und globaler Politik andere Staaten wichtiger geworden sind. Unter den größeren Staaten ist dies insbesondere der östliche Nachbar Polen, der aus unterschiedlichen Gründen nahezu denselben Rang als hervorgehobener Kooperationspartner haben sollte wie Frankreich. Das "Weimarer Dreieck" bietet sich als bereits institutionalisierter trilateraler Kooperationszusammenhang an und sollte gerade aus deutscher Sicht systematischer genutzt werden, denn ein nach außen koordiniert auftretender "Weimarer Kern" würde wichtige divergierende Grundströmungen in der EU auffangen und kanalisieren helfen. Frankreich und Polen stehen – als jeweils großes "altes" bzw. "neues" EU-Mitglied wie auch aufgrund traditioneller eher Amerika-kritischer bzw. Amerika-freundlicher Grundhaltungen – für zwei grundlegende Konfliktlinien innerhalb der EU. Wenn es gelänge, beide in konkreten Kooperationsvorhaben zusammenzuführen (hier und da vielleicht ergänzt durch andere sowohl größere wie auch kleinere EU-Partner), dann wären die Voraussetzungen für eine



Stabilisierung von EU und NATO optimiert. Dazu kann und sollte Deutschland einen Beitrag leisten.

EU und NATO bleiben die primären Handlungs- und Kooperationszusammenhänge deutscher Außenpolitik. Andere Regionen bzw. Staaten sind dem deutlich nachgeordnet. Dies gilt auch für Russland, das zwar aufgrund seiner Größe und geographischen Nähe zur EU von großer Bedeutung ist, aufgrund seiner halbherzigen Demokratisierung, seiner unübersehbaren Großmachtambitionen und seiner mit der EU nur begrenzt vereinbaren ordnungspolitischen Vorstellungen in Räumen gemeinsamer geopolitischer Interessen aber auch ein schwieriger Partner bleiben wird. Aus allen diesen Gründen sollte die deutsche Russlandpolitik im Regelfall über den institutionalisierten Rahmen der GASP und nur in gut begründeten Ausnahmefällen bilateral organisiert werden. Ähnliches gilt für andere – aufstrebende wie darbenende – Regionen der Welt. Der Beitrag, den ein "vereintes Europa" hier leisten kann, wird aufgrund der verfügbaren Ressourcen und Einflussmöglichkeiten sicherlich begrenzt bleiben, denn der relative Abstieg, der für Deutschland in Europa kennzeichnend ist, gilt umgekehrt auch für den gesamten EU-Raum im Vergleich zu den aufsteigenden Staaten und Regionen in Asien. Trotzdem kann hier in mancherlei Hinsicht analog als Prüffrage dienen, was das Grundgesetz zur Vorgabe für die deutsche Außenpolitik macht: Wenn ein "vereintes Europa" seine Bemühungen darauf ausrichtet, "dem Frieden der Welt zu dienen", dann kann es nicht viel falsch machen. In diesem Fall würden sich auch der "deutsche" und der "europäische" Weg nicht mehr unterscheiden und sich ein Wunsch realisieren, den Willy Brandt in der ersten Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages im Dezember 1990 als seine Hoffnung für die Zukunft formulierte: "Deutsch und europäisch gehören jetzt und hoffentlich für alle Zukunft zusammen".<sup>30</sup>

---

<sup>30</sup> Eröffnungsrede des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages, Willy Brandt, zur Konstituierung des 12. Deutschen Bundestages am 20. Dezember 1990, zit. nach Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III/Band 8b, Bonn 1991, S. 891.

# ANHANG

## UMFRAGEDATEN ZU DEUTSCHER AUSSENPOLITIK UND DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT SEIT 1990 - EINE DOKUMENTATION -

*Aktualisierte 2. Fassung // Stand 15.08.2005<sup>1</sup>*

### I. Deutschlands Rolle in Europa und der Welt

1. Im Jahr 1990 lehnt eine große Mehrheit der Deutschen eine Weltmachtrolle für das wiedervereinigte Deutschland ab und spricht sich statt Mehrinvestitionen beim Militär für eine deutliche Investitionssteigerung beim Umweltschutz aus:

Frage: „Soll sich das vereinte Deutschland in Zukunft aus internationalen Konflikten heraushalten, oder soll es sich einmischen?“

heraushalten: 75%                      einmischen: 25%

Quelle: Meroth, Peter, Deutschland 2000. Der Staat, den wir uns wünschen, in: SZ-Magazin, Nr. 1 (4. Januar 1991), S. 8-9.

Frage: „Auf welchem Gebiet sollte der Staat deutlich mehr investieren?“ (Auswahl)

Umweltschutz	86%
Gesundheitswesen	56%
Soziale Aufgaben	56%
Wohnungsbau	56%
Kindergärten, Krippen, Horte	37%
Wirtschaftliche Entwicklung	23%
Straßenbau	20%
Entwicklungshilfe	16%
Kunst und Kultur	8%
Integration von Ausländern	7%
Militär	0%

Quelle: Meroth, Peter, Deutschland 2000. Der Staat, den wir uns wünschen, in: SZ-Magazin, Nr. 1 (4. Januar 1991), S. 14-15.

---

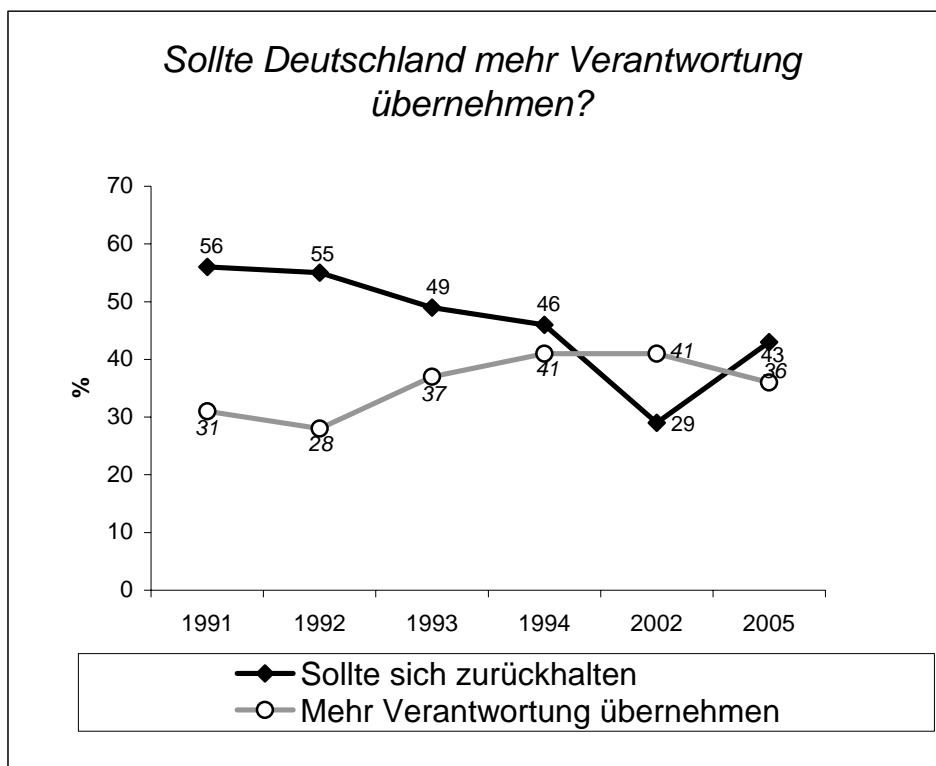
<sup>1</sup> Die Daten wurden zusammengetragen von Sebastian Enskat, Gunther Hellmann und Christoph Lunkenheimer und für diese Dokumentation aufbereitet von Sebastian Enskat und Christoph Lunkenheimer. Sämtliche hier dokumentierten Daten entstammen den Erhebungen anderer.

Vom Wunsch der Bevölkerung nach einer „Verschweizerung“ Deutschlands kann man in diesem Zusammenhang auch deshalb sprechen, weil die Schweiz 1990 (mit den ihr zugeschriebenen Werten „Wohlstand und Unabhängigkeit“) von den Deutschen in Ost und West mit Abstand als jenes Land benannt wird, an dessen Vorbild sich die Bundesrepublik orientieren sollte (40 Prozent). Schweden rangiert (als „Sozialstaat“) mit 29 Prozent auf Platz 2, Italien (als Land der „Lebensfreude“) mit immerhin noch 10 Prozent auf Platz 3. Frankreich (8%), die USA (6%) und England (2%) landen abgeschlagen auf den hinteren Plätzen.

Quelle: Meroth, Peter, Deutschland 2000. Der Staat, den wir uns wünschen, in: SZ-Magazin, Nr. 1 (4. Januar 1991), S. 8-9.

2. Von 1990 bis 2002 ist der Anteil derer, die ein stärkeres Engagement Deutschlands in der Welt befürworteten stetig gestiegen. In der jüngsten Umfrage deutet sich allerdings die Möglichkeit einer Trendwende an (siehe auch Nr.12):

Frage: „Sollte Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen, oder sollten wir uns da zurückhalten?“ (Prozentwerte)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, IfD-Umfrage Nr. 7070 (Mai 2005) (Graphik: Lunkenheimer).

3. Bereits 1991 gab es eine deutliche Mehrheit für eine aktivere Rolle und "mehr Verantwortung" in der Weltpolitik im Vergleich zu größerer "Zurückhaltung":

Frage: „Die Vereinigung hat auch die Rolle Deutschlands in der Weltpolitik aktuell werden lassen. Dazu gibt es zwei gegensätzliche Standpunkte. Welchem dieser Standpunkte stimmen Sie zu?“ (Prozentwerte)

1991	Bundesrepublik	
	Ost-Gesamt	West-Gesamt
Basis gew.	1014	984
Die einen sagen, dass sich Deutschland aufgrund seiner politischen Vergangenheit und früheren Machtpolitik in weltpolitischen Aktivitäten eher zurückhalten sollte.	40	41
Die anderen sagen, ein vereintes Deutschland sollte aufgrund seines Gewichts nunmehr eine aktivere Rolle und mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen.	59	59
Keine Angabe	1	0
Summe	100	100

Quelle: Die Welt der Deutschen im Wandel. Eine repräsentative Befragung der Bevölkerung in Deutschland ab 14 Jahren. Tabellen Band I. Teil: Ost-West-Vergleich. Eine Untersuchung von Infratest im Auftrag von THE RAND CORPORATION, Santa Monica, USA, und USIA, Washington, USA, Berlin 1991, S. 107f..

4. Dass die Deutschen einem stärkerem Engagement Deutschlands in der Weltpolitik zumindest zeitweise aufgeschlossener gegenüber standen, hat möglicherweise auch mit einer so wahrgenommenen Erwartungshaltung von außen zu tun. Dies geht u.a. aus einer Expertenbefragung Anfang der 1990er Jahre hervor:

Frage: „Sind Sie der Ansicht, dass sich mit der deutschen Vereinigung die Frage nach einer erweiterten internationalen Verantwortung Deutschlands stellt?“ (Prozentwerte)

	Gesamt
Anzahl	423
<b>Internationale Verantwortung</b>	
Ja	95,0
nein	4,3
keine Angabe	0,7

Quelle: Eurosipla `90. Grundfragen des Europäischen Sicherheits-Systems in den 90er Jahren, S. 83.

5. Entgegen der in der Öffentlichkeit manchmal kolportierten Einschätzung, gilt die deutsche Außenpolitik heute unter den Deutschen selbst nicht mehr als besonders erfolgreich. Stufen im Jahr 2002 noch 50 Prozent der deutschen Bevölkerung die deutsche Außenpolitik als erfolgreich ein, sank dieser Anteil bis 2003 auf 37 Prozent, bis heute auf 24 Prozent. Der Anteil der Bevölkerung, der demgegenüber der Auffassung zuneigt, dass sich die deutsche Position in der Welt eher verschlechtert hat, hat in den letzten drei Jahren von 9 auf 31 Prozent deutlich zugenommen:

Frage: "Was meinen sie - war unsere Außenpolitik in der letzten Zeit erfolgreich, oder finden sie, die deutsche Stellung hat sich eher verschlechtert?"

	Bevölkerung			An Außenpolitik	
	insgesamt	West	Ost	Interessierte	nicht (besonders) Interessierte
Erfolgreich	24	24	20	33	17
Verschlechtert	31	32	30	32	30
Unverändert	31	30	35	30	35
Kein Urteil	14	14	15	5	18
Summe	100	100	100	100	100



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach , IfD-Umfrage Nr. 7070 (Mai 2005) (Graphik: Lunkenheimer).

Zu dieser Entwicklung passen auch die Ergebnisse einer Frage, die auf den ersten Blick einen anderen Eindruck erwecken. Im Jahr 2002 meinte noch eine Mehrheit der Deutschen, dass das Gewicht Deutschlands in der Welt in den letzten zehn Jahren zugenommen habe. Auch das ändert sich:

Frage: „Was glauben Sie: Hat das Gewicht Deutschlands in der Welt in den letzten 10 Jahren zugenommen oder abgenommen, oder ist es gleichgeblieben?“

	2002	2005
zugenommen	54	45
abgenommen	9	16
gleichgeblieben	30	32
Unentschieden, keine Angabe	7	7

Quelle: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Bd. 11, S. 967 und IfD-Umfrage 7068 (März 2005).

6. Die Deutschen sehen das primäre Handlungsfeld deutscher Außenpolitik eindeutig in Europa. Im Kontrast zu jenen lediglich 35 Prozent der deutschen Bevölkerung, die meinen, dass Deutschland in der Weltpolitik eine große Rolle spielt, meinen immerhin 61 Prozent, dass Deutschlands Einfluss in der EU groß sei. Vor dem Regierungswechsel 1998 wurde der deutsche Einfluss in Europa allerdings noch wesentlich höher veranschlagt.

Frage: "Wie sehen Sie das: Wie groß ist der Einfluss von Deutschland in der EU? Würden Sie sagen ..." (Angaben in Prozent)

	1997	2002	2003	2005
sehr groß	16	10	10	9
groß	60	54	52	52
weniger groß	18	27	30	30
gar nicht groß	2	4	3	3
Unentschieden, keine Angabe	4	5	5	6

Quelle: Allensbach, diverse Umfragen.

7. Ihren eigenen Einfluss in der Welt sehen die Deutschen dabei ähnlich groß wie jenen Frankreichs bzw. Großbritanniens.

Frage: „Wie sehen Sie das. Wie groß ist der Einfluss von Deutschland/ Frankreich/ Großbritannien in der Welt? Würden Sie sagen sehr groß, groß, weniger groß, gar nicht groß?“

	Deutschland	Frankreich	Großbritannien
sehr groß	3	2	7
groß	47	40	40
weniger groß	39	42	38
gar nicht groß	6	5	6
Unentschieden, keine Angabe	5	11	9

Quelle: Allensbach IfD-Umfrage 7068 (März 2005).

8. Bemerkenswert ist wie stark in den letzten Jahren das Vertrauen der Deutschen in die beiden wichtigsten Institutionen, in denen das Land Mitglied ist (die EU und die NATO), geschwunden ist und dass die Vereinten Nationen ihnen vertrauenswürdiger erscheinen als diese beiden.

	Europäische Union		NATO		Vereinte Nationen	
	2002	2005	2002	2005	2002	2005
sehr großes Vertrauen	4	4	7	5	5	5
Großes Vertrauen	45	34	45	37	45	42
nicht so großes Vertrauen	35	42	28	34	31	33
kaum, gar kein Vertrauen	5	9	7	11	5	6
Unentschieden, keine Angabe	11	11	13	13	14	14

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7016, 7070.

9. Auf der außenpolitischen Agenda stehen gute Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten nach wie vor mit Abstand an der Spitze, gefolgt von der Bekämpfung der Verbreitung von Atomwaffen, Hilfe bei Naturkatastrophen, der Beteiligung an friedenssichernden Maßnahmen, Förderung der Achtung der Menschenrechte und Beteiligung an internationalen Maßnahmen zur Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung. Im Mittelfeld der außenpolitischen Agenda rangieren gute Beziehungen zu den USA und zu Russland, der Einsatz für eine gemeinsame europäische Außenpolitik und die konsequente Vertretung deutscher Interessen in Europa. Die geringste Bedeutung misst die Bevölkerung der Vergrößerung des deutschen Einfluss in der Welt und der Vertiefung der europäischen Vereinigung zu.

Frage: "Was sollten die wichtigsten Ziele der deutschen Außenpolitik sein?" (Vorlage einer Liste; Prozentangaben in Klammern beziehen sich auf vergleichbare Antworten aus einer Allensbach-Umfrage von 1997; die Frage lautete damals: "Darüber, was wichtige Ziele der deutschen Außenpolitik sind, kann man ganz unterschiedlicher Meinung sein. Bitte sagen Sie mir, nach dieser Liste, was Ihrer Ansicht nach sehr wichtige Aufgaben unserer Außenpolitik sind")

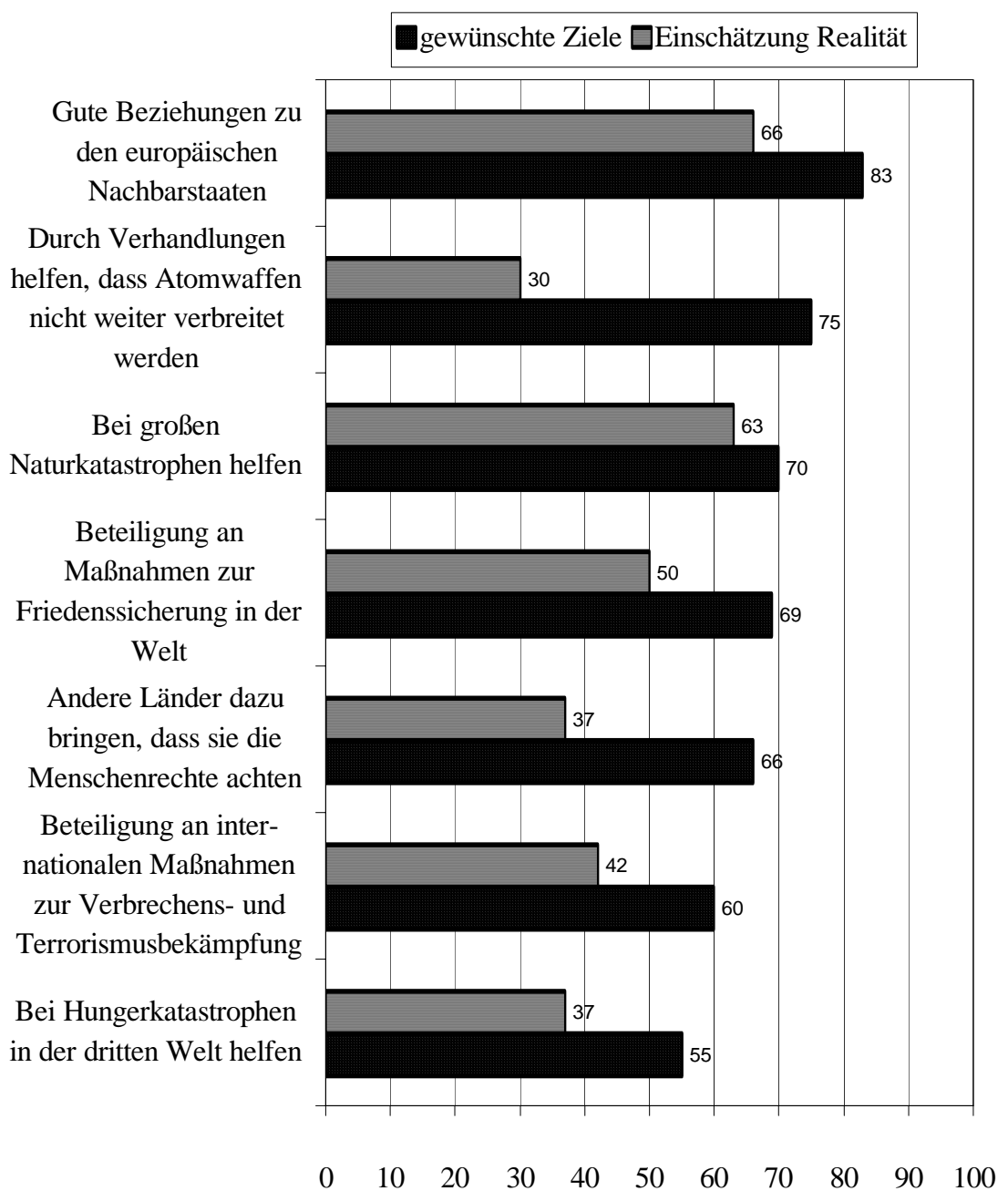
	Bevölkerung		
	insgesamt	West	Ost
Gute Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten	83	85	77
Durch Verhandlungen helfen, dass Atomwaffen nicht weiter verbreitet werden	75	76	73
Bei großen Naturkatastrophen helfen	70	72	63
Sich an Maßnahmen zur Friedenssicherung in der Welt beteiligen	69	70	67
Andere Länder dazu bringen, dass sie die Menschenrechte achten	66	70	52
Sich an internationalen Maßnahmen zur Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung beteiligen	60	63	48
Bei Hungerkatastrophen in der Dritten Welt helfen	55 (45)	57	49
Gute Beziehungen zu den USA	53	57	40
Bei kriegerischen Auseinandersetzungen und Konflikten zwischen anderen Ländern vermitteln	53 (36)	57	39
Dafür sorgen, dass die europäischen Länder eine gemeinsame Außenpolitik machen	53 (47)	54	48
Die deutschen Interessen in Europa durchsetzen	52 (40) <sup>2</sup>	53	47
Gute Beziehungen zu Russland	48	50	41
Dafür eintreten, dass die Vereinten Nationen, die UNO mehr Macht bekommen	42 (22)	44	32
Erreichen, dass Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bekommt	41	43	33
Dafür sorgen, dass möglichst wenig Flüchtlinge nach Deutschland kommen	40	39	41
Den deutschen Einfluss in der Welt vergrößern	36	37	35
Die europäische Vereinigung vorantreiben, dafür sorgen, dass mehr Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden	33	34	25

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7068 (Februar/März 2005) sowie 1997 (Renate Köcher, In der deutschen Provinz. Das Interesse der Bevölkerung an Außenpolitik geht zurück, in: FAZ, 10.9.1997, S. 5.

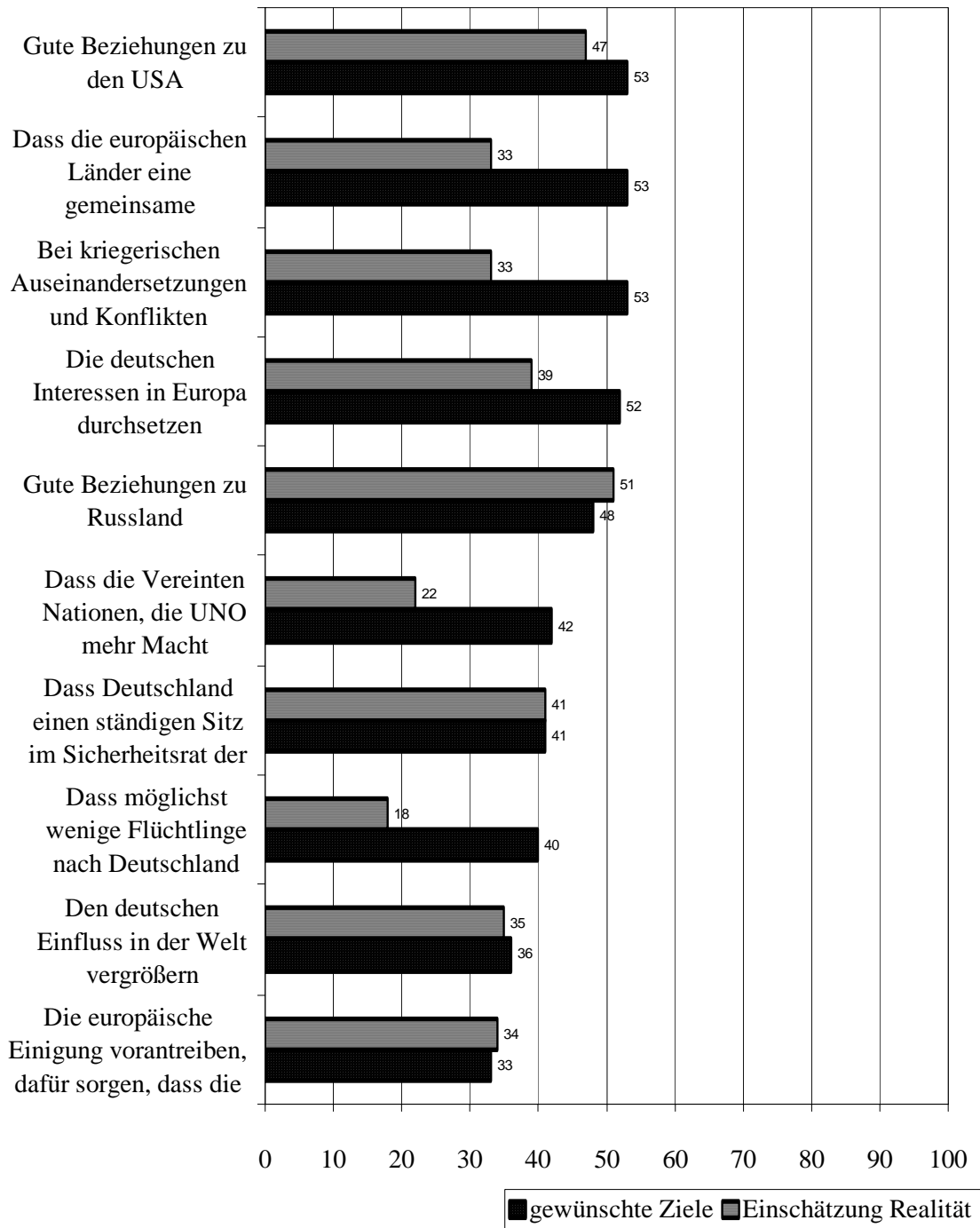
<sup>2</sup> Vorgegebene Aussage 1997: "Vor allem unsere eigenen Interessen durchsetzen"

10. Die Deutschen wissen allerdings durchaus zu unterscheiden zwischen wünschenswerten Zielen einerseits und der Realität deutscher Außenpolitik andererseits. Dies wird bei den Antworten auf die folgende Frage deutlich: "Worum kümmert sich unsere Außenpolitik zur Zeit vor allem, was sind Ihrem Eindruck nach die wichtigsten Ziele der deutschen Außenpolitik?" Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist besonders groß bei der Bekämpfung der Verbreitung von Atomwaffen, beim Einsatz für die Achtung der Menschenrechte, für Friedenssicherung, für eine gemeinsame europäische Außenpolitik und für die UNO.

**Die wichtigsten Ziele der deutschen Außenpolitik:  
Wünsche und Einschätzung der Realität**



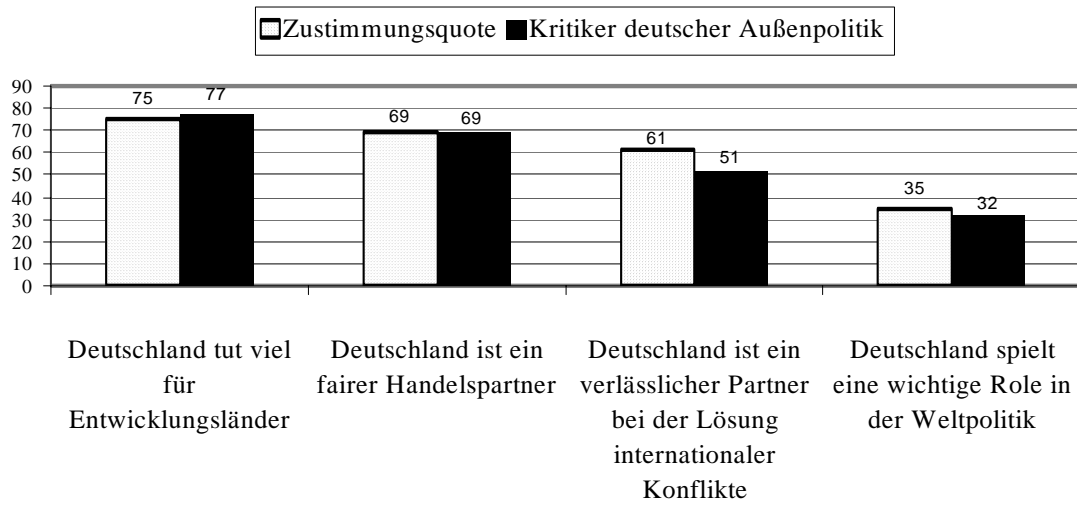




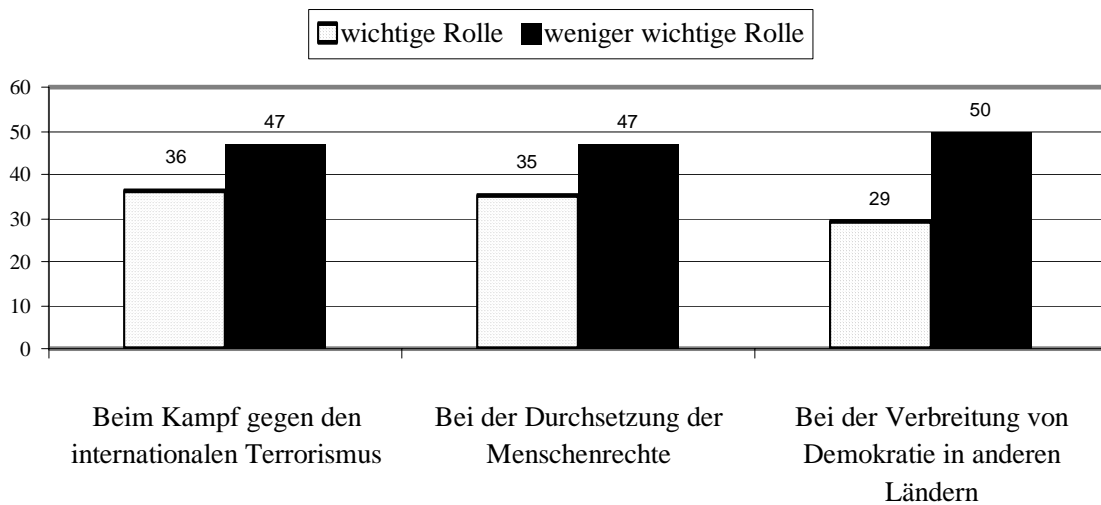
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach , IfD-Umfrage Nr. 7070 (Mai 2005) (Graphik: Lunkenheimer).

11. Die meisten Deutschen sehen in Deutschland einen fairen Handelspartner und einen engagierten Unterstützer der Entwicklungsländer. Als "verlässlichen Partner bei der Lösung internationaler Konflikte" sehen die Kritiker Deutschland jedoch weniger als der Durchschnitt der Bevölkerung. Allerdings sind sich beide wiederum einig, dass Deutschland im allgemeinen keine "wichtige Rolle in der Weltpolitik" spielt. Dies gilt insbesondere beim Kampf gegen den Terrorismus, bei der Durchsetzung der Menschenrechte und bei der Verbreitung von Demokratie.

### Die Rolle Deutschlands in der Welt



### Da spielt Deutschland international eine -



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach , IfD-Umfrage Nr. 7070 (Mai 2005) (Graphiken: Lunkenheimer).

12. Nach einer anderen Umfrage ist zwischen 2002 und 2003 der Anteil derer, die eine aktive Rolle Deutschlands in der Welt befürworten, noch einmal deutlich gestiegen. Seit 2003 sinkt er jedoch leicht. Dieser Trend wird in der neuesten Allensbach-Umfrage bestätigt (siehe Nr. 2):

Frage: "Do you think it will be best for the future of [own country] if we take an active part in world affairs or if we stay out of world affairs?" (in Klammern: 2004)

<u>JUNE</u> <u>2003</u>	U.S.	FRANCE	<u>GERMANY</u>	GREAT BRITAIN	EUROPE
- Active part	72 <sup>(79)</sup>	89 <sup>(88)</sup>	76 <sup>(78)</sup>	73 <sup>(71)</sup>	80 <sup>(79)</sup>
- Stay out	20 <sup>(14)</sup>	8 <sup>(9)</sup>	21 <sup>(19)</sup>	18 <sup>(21)</sup>	16 <sup>(16)</sup>
- Not sure / Refusal..	8 <sup>(7)</sup>	3 <sup>(3)</sup>	3 <sup>(3)</sup>	9 <sup>(8)</sup>	5 <sup>(5)</sup>
	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: : The German Marshall Fund of the United States (Hrsg.), Transatlantic Trends 2005 (Full Data), S. 3.

13. Die gewachsene Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zu einem stärkeren internationalen Engagement Deutschlands in der Welt geht offenbar mit einem wachsenden Selbstbewusstsein einher. 74% erklären 1993 in einer Umfrage, Deutschland müsse seine Interessen in der Welt deutlicher machen, anstatt sie zurückzustellen:

Frage: „Müssen wir in der Welt deutlicher machen, wo die deutschen Interessen liegen, oder müssen wir uns aufgrund unserer Vergangenheit zurückhalten und unsere Interessen teilweise zurückstellen?“ (Prozentwerte)

September 1993	Führungskräfte insgesamt
Müssen unsere Interessen deutlicher machen	74
Müssen uns zurückhalten	21
Unentschieden	5
Summe	100

Quelle: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Bd. 10, S. 1096.

Gefragt nach den wichtigsten Zielen deutscher Außenpolitik nannten 1997 51% ein „selbstbewussteres Auftreten, ohne schlechtes Gewissen wegen der deutschen Vergangenheit“:

Frage: „Darüber was die wichtigsten Ziele der deutschen Außenpolitik sind, kann man ganz unterschiedlicher Meinung sein. Bitte sagen Sie mir, nach dieser Liste hier, was Ihrer Ansicht nach sehr wichtige Aufgaben unserer Außenpolitik sind.“ (Auswahl)

Ziele	1997
Eine gemeinsame Linie mit anderen Ländern der EU suchen	52%
Selbstbewusster auftreten, ohne schlechtes Gewissen wegen der deutschen Vergangenheit	51%
Vor allem unsere eigenen Interessen durchsetzen	40%
Unsere wirtschaftliche und politische Stärke nicht zu sehr betonen, sondern uns in ein gemeinsames Europa einfügen	27%

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach: Renate Köcher, In der deutschen Provinz. Das Interesse der Bevölkerung an Außenpolitik geht rasch zurück, in: FAZ, 10.09.1997, S. 5 (hier übernommen: 4 von 15 Aussagen).

1999 unterstützten mehr als zwei Drittel der Befragten einer Umfrage ein "selbstbewussteres Auftreten" Deutschlands in der Welt:

Frage: „1999 wird die Bundesrepublik 50 Jahre alt. Sollte Deutschland jetzt selbstbewusster auftreten als bisher?“

JA: 68% NEIN: 25%

Quelle: Umfrage von Infratest/dimap von Januar 1999 im Auftrag von „Sabine Christiansen“, [http://www.sabine-christiansen.de/archiv\\_html/1999/01/03/c\\_archiv.html](http://www.sabine-christiansen.de/archiv_html/1999/01/03/c_archiv.html) [20.1.2004].

Im Kontext der sich zuspitzenden Irak-Krise meinten in einer Forsa-Umfrage vom Frühjahr 2003 45% der Deutschen, dass „Deutschland und Europa“ den USA „zukünftig bei der Neuordnung der Welt Einhalt gebieten“ sollten (siehe auch Nr. 30 und 31:

Frage: „Sollen Deutschland und Europa die USA zukünftig bei der Neuordnung der Welt unterstützen – oder ihr Einhalt gebieten?“ (an 100% fehlende: „weiß nicht“)

unterstützen	14%
Einhalt gebieten	45%
sich heraushalten	33%

Quelle: Greenpeace Magazin 3/03, <http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/reportage.php?repid=1869> [29.12.2003].

14. Einen ständigen Sitz für Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen befürwortet eine deutliche Mehrheit der Deutschen. Auf einer außenpolitischen Prioritätenliste ist allerdings ebenso deutlich ablesbar, dass diese Frage für die Bevölkerung nur von untergeordneter Bedeutung ist. Im Zentrum des Interesses stehen gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten, sowie Fragen der Nichtverbreitung von Atomwaffen, der Friedensicherung und Durchsetzung der Menschenrechte (siehe Nr. 9).

Frage: Sind Sie dafür oder dagegen, dass folgende Länder als ständige Mitglieder in den Weltsicherheitsrat aufgenommen werden ? (Zu 100% fehlender Rest: hängt davon ab/weiß nicht)

	dafür	dagegen
Deutschland	80 %	3 %

Quelle: BBC WORLD Poll Germany on the UN, GIMCSR05 Germany December 2004.

Frage: "Haben Sie schon einmal vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der UNO, gehört, oder haben Sie nicht davon gehört?"

Falls: 'Habe davon gehört': "Die ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat der UNO haben ja ein Vetorecht und können damit Entscheidungen blockieren. Was meinen Sie, sollte Deutschland auch einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat übernehmen, oder ist das nicht so wichtig?"

	Gesamtdeutschland		
	1992	1993	2005
	%	%	%
Habe davon gehört	93	89	91
Deutschland sollte ständigen Sitz übernehmen	62	55	68
Ist nicht so wichtig	14	18	11
Unentschieden	17	16	12
Habe nicht davon gehört	7	11	9
	-----	-----	-----
	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5070, 5082 und 7070 (Halbgruppe A).

Die Mehrheit der Deutschen würde einen einzigen Sitz im Sicherheitsrat für die EU befürworten, wenn dieser Sitz die ständigen Sitze Großbritanniens und Frankreichs ersetzen würde.

Frage: „Einige Leute sagen, dass die Europäische Union bestimmte Dinge tun muss, um eine größere internationale Rolle einzunehmen. In welchem Maße stimmen Sie der folgenden Aussagen zu?“ (Angaben in Prozent/ an 100% fehlende: „Weiß nicht/Keine Angabe“)

Die Europäische Union sollte einen einzigen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat haben, auch wenn dieser Sitz die ständigen Sitze Großbritanniens und Frankreichs ersetzen würde. (Prozentwerte, an 100% fehlende: „weiß nicht/ keine Antwort“) 2005	GREAT BRITAIN	FRANCE	<u>Germany</u>	EUROPE	U.S.
Stimme stark zu	16	20	<u>21</u>	22	13
Stimme eher zu	21	42	<u>43</u>	36	23
Stimme eher nicht zu	23	19	<u>21</u>	19	21
Stimme gar nicht zu	32	15	<u>12</u>	15	34

Quelle: The German Marshall Fund of the United States (Hrsg.), Transatlantic Trends 2005 (Full Data/ deutsche Version), S. 13.

### 15. Im Hinblick auf Deutschlands Rolle in Europa zeigte sich in den 1990er Jahren ein wachsendes Selbstbewusstsein der Deutschen:

Frage: „Welche Stellung das vereinte Deutschland in Zukunft in Europa haben soll, darüber unterhalten sich hier zwei. Wem von beiden stimmen Sie eher zu?“ (Prozentwerte)

Juli 1996	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1990	1996	1990	1996
„Wir sollten uns doch lieber zurückhalten. Es reicht, wenn wir wirtschaftlich stark sind, da brauchen wir nicht noch eine politische Führungsrolle zu spielen.“	57	33	62	42
„Das vereinte Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land in Europa. Deshalb muss Deutschland auch eine Führungsrolle in Europa übernehmen, sonst werden unsere Interessen im vereinten Europa zu wenig berücksichtigt.“	30	52	28	41
Unentschieden	13	15	10	17
Summe	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Bd. 10, S. 1154.

Mit der Wahl Gerhard Schröders zum Bundeskanzler wurde dieser Trend deutlich beschleunigt:

Frage: „Schröder tritt selbstbewusster in Europa auf als Kohl, finden Sie das gut?“

JA: 82% NEIN: 12%

Quelle: Umfrage von Infratest/dimap von Januar 1999 im Auftrag von „Sabine Christiansen“, [http://www.sabine-christiansen.de/archiv\\_html/1999/01/03/c\\_archiv.html](http://www.sabine-christiansen.de/archiv_html/1999/01/03/c_archiv.html) [20.1.2004].

Insbesondere in der Wirtschafts- und Finanzpolitik wünschten sich die Deutschen nach 1998 offenbar in zunehmendem Maße ein Europa unter Führung der Bundesrepublik:

Frage: „Sind Sie dafür, dass Deutschland in der Wirtschafts- und Finanzpolitik die führende Rolle in Europa für sich beansprucht, oder sind Sie dagegen?“

	1999	2001
dafür	45%	58%
dagegen	44%	34%
weiß nicht	11%	8%

Quelle: Deutschland in der Welt: Die Bürger akzeptieren die neue Rolle, in: interesse 11/2001, S. 4 (hrsg. vom Bundesverband deutscher Banken).

In der Außen- und Sicherheitspolitik gab es zwar noch keine Mehrheit für eine deutsche Führungsrolle, aber auch hier schien sich in den letzten Jahren eine langsame Verschiebung abzuzeichnen:

Frage: „Sind Sie dafür, dass Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik die führende Rolle in Europa für sich beansprucht, oder sind Sie dagegen?“

	1999	2001
dafür	25%	35%
dagegen	63%	57%
weiß nicht	12%	8%

Quelle: Deutschland in der Welt: Die Bürger akzeptieren die neue Rolle, in: interesse 11/2001, S. 4. (hrsg. vom Bundesverband deutscher Banken).

Hinsichtlich der zukünftigen Rolle Deutschlands in Europa herrschte zu Beginn des neuen Jahrtausends Zuversicht. Eine Mehrheit der Deutschen meinte Anfang 2001, Deutschland sei dasjenige Mitgliedsland der Europäischen Union, das Europa in Zukunft am meisten prägen werde:

Frage: „Was glauben Sie, welches Mitgliedsland der Europäischen Union wird Europa in Zukunft am meisten prägen, welches Land würden Sie da nennen?“

Auszug aus den Angaben

Deutschland	31%
Frankreich	19%
Großbritannien	7%

Quelle: Noelle-Neumann, Elisabeth, Europa wird interessant, Eine Dokumentation des Beitrags in der FAZ Nr. 113 vom 16. Mai 2001, Tabelle A10.

16. Die Deutschen neigen in zunehmendem Maße der Auffassung zu, dass sie in der Welt beliebt sind.

Frage: "Glauben Sie, dass die Deutschen in der Welt (überwiegend) beliebt oder unbeliebt sind?" (Angaben in Prozent)

	1991	1997	2001	2005
Beliebt	39	39	44	51
Unbeliebt	45	38	34	29
Andere Antwort (z.B. "teils, teils")	4	5	x	5
Weiß nicht	12	18	22	15

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5048, 7008, 7033, 7068.

Vor diesem Hintergrund ist es dann nicht mehr überraschend, dass sich fast die Hälfte der Deutschen für einen "Schlussstrich" unter die Nazivergangenheit ausspricht.

Es besser wäre, dieses Kapitel abzuschließen und nicht mehr darüber zu reden	46
Die Erinnerung an die Verbrechen sollte wachgehalten werden.	40

Quelle: Kurt Reumann: Wer war Himmler? Immer mehr Deutsche möchten einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen, F.A.Z., 06.05.2005, S.10

17. Etwaige Ängste anderer Länder vor einer größeren Rolle Deutschlands hält eine deutliche Mehrheit der Deutschen trotz allem für unbegründet:

Frage: „Glauben Sie, dass die Angst der anderen Länder vor einer größeren Rolle Deutschlands, besonders von England und Frankreich, begründet ist oder nicht begründet?“ (Prozentwerte)

September 1993	Bevölkerung insgesamt	Führungskräfte
Angst ist begründet	23	19
Nicht begründet	60	78
Unentschieden	17	3
Summe	100	100

Quelle: Allensbach Jahrbuch der Demoskopie, Bd. 10, S. 1100.



18. Tatsächlich werden die heute lebenden Deutschen vom Ausland nicht mehr primär vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges beurteilt. Die Mehrheit der Bevölkerung der Nachbarländer hat eine positive Einstellung gegenüber den Deutschen. Auch in den USA ist fast die Hälfte der Bevölkerung den Deutschen gut gesonnen und die übrigen beziehen zum größten Teil keine Position.

Frage: "Einmal ganz allgemein gesprochen: Haben Sie von den heute lebenden Deutschen eine gute oder keine gute Meinung?" (Angaben in Prozent)

Q	Gute Meinung	Keine gute Meinung	Weder noch/ Kein Urteil
US-Amerikaner	46	8	46
Briten	51	12	37
Franzosen	70	6	24
Italiener	60	14	26
Spanier	65	5	30

Quelle: Harris Interaktiv, IMAS-International: Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht der ehemaligen Gegner, Juni 2005, S.1a.

Interessanterweise besteht eine deutliche Differenz zwischen der Selbsteinschätzung der Deutschen und der Meinung, die andere von Deutschland haben, obwohl die Deutschen sich heute schon als „beliebter“ einschätzen als noch vor einigen Jahren (siehe Nr 16). Nur 51 Prozent der Deutschen glauben, dass ihr Land generell gemocht wird, während 43 Prozent meinen, Deutschland wäre generell unbeliebt. Allerdings sehen die anderen Länder Deutschland bei weitem nicht so negativ, wie die Deutschen es vermuten. In einer Studie, welche die Popularität der USA, Frankreich, Japan, China und Deutschland untersuchte, gaben die westeuropäischen Staaten Deutschland die höchsten Sympathiewerte. Besonders auffällig ist die unterschiedliche Selbstwahrnehmung in Deutschland und Frankreich. Während die Deutschen ihre Popularität unterbewerten, glauben acht von zehn Franzosen, dass die Welt ihr Land mag. Aber in zehn der sechzehn Untersuchungsländer schneidet Deutschland besser ab als Frankreich. Außerdem geben beide Länder der jeweils anderen Nation höhere Popularitätswerte als sich selbst.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Vgl.: Pew Research Center: U.S. Image Up Slightly, But Still Negative American Character Gets Mixed Reviews, Sommer 2005, S.14-15.

## FAVORABILITY RATINGS OF

<i>RATING IN...</i>	<b>United States</b>	<b>Germany</b>	<b>France</b>	<b>Japan</b>	<b>China</b>
<i>United States</i>	83	60	46	63	43
<i>Canada</i>	59	77	78	75	58
<i>Great Britain</i>	55	75	71	69	65
<i>France</i>	43	89	74	76	58
<i>Germany</i>	41	64	78	64	46
<i>Spain</i>	41	77	74	66	57
<i>Netherlands</i>	45	88	69	68	56
<i>Russia</i>	52	79	83	75	60
<i>Poland</i>	62	64	66	60	36
<i>Turkey</i>	23	48	30	55	40
<i>Pakistan</i>	23	36	32	49	79
<i>Lebanon</i>	42	85	84	72	66
<i>Jordan</i>	21	36	50	46	43
<i>Indonesia</i>	38	71	68	85	73
<i>India</i>	71	56	55	66	56
<i>China</i>	42	58	65	17	88

Quelle: Pew Research Center: U.S. Image Up Slightly, But Still Negative  
American Character Gets Mixed Reviews, Sommer 2005, S.11.

Auch die Polen sehen – trotz des Streits um die Entschädigungsforderungen – relativ wohlwollend auf Deutschland. Noch vor der USA liegt Deutschland an erster Stelle bei den Ländern, mit denen Polen kooperieren sollte. Es gibt zwar einen Anteil von knapp 20 % der Deutschland als eine Gefahr für Polen ansieht, jedoch wird die Bedrohung, die von Russland ausgeht, weitaus höher eingeschätzt.

Frage: Länder, mit denen wir kooperieren sollten...

Deutschland	44 %
USA	38 %

Frage: Ein Land, vor dem wir uns fürchten sollten...

Russland	51 %
Deutschland	19 %

Quelle: F.A.Z., 11. Mai 2005, Nr. 108 / S. 6.

19. Die Gefahr einer zu großen Überheblichkeit deutscher Außenpolitik sehen nur die wenigsten Deutschen:

Frage: „Sehen Sie die Gefahr, dass die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung und dem Regierungsumzug nach Berlin zu überheblich wird?“

1999	ja:	22%
	nein:	70%
	weiß nicht:	8%

Quelle: Deutschland von innen und von außen: Die „Berliner Republik“, in: Demoskopie 7/2000, S. 9. (hrsg. vom Bundesverband deutscher Banken).

20. Während Deutschland international selbstbewusster wird, ist das innergesellschaftliche Klima immer stärker von Zukunftsängsten bestimmt. Eine Umfrage unter der Fragestellung: „Wie würden Sie die Zeit beschreiben, in der wir heute leben, was trifft auf unsere Zeit zu“, zeigt, dass sich die Stimmung in den letzten Jahren noch einmal deutlich verschlechtert hat. Die Mehrheit der Bevölkerung meint, Deutschland stecke in einer Krise und dass sich die Lage weiter verschlechtern wird.

	Zustimmung	
	2005	2002
Die Zeiten werden ernster, es wird härter	73 %	64 %
Deutschland ist in einer Krise, es muss sich unbedingt etwas ändern	70 %	57 %
Es wird uns schlechter gehen, wir werden auf vieles verzichten müssen	53 %	30 %
Es gibt bei uns in Deutschland viele Probleme, aber das kriegen wir schon in den Griff	29 %	

Quelle: Elisabeth Noelle: Das Seebeben-Weihnachten; Der Bundespräsident trifft den richtigen Ton, aus der Reihe „Allensbacher Berichte und Umfragen“, FAZ 26. Januar 2005, S.5.

Die Deutschen fürchten sich deutlich mehr vor innenpolitischen Problemen als vor internationalen Bedrohungen wie Terror und Krieg. Die größte Sorge bereiten ihnen ihre finanzielle Situation und die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

<b>Die Ängste der Deutschen 2005</b>	<b>in Prozent</b>
Anstieg der Lebenshaltungskosten	72
Verschlechterung der Wirtschaftslage	70
Arbeitslosigkeit in Deutschland	68
eigener Arbeitslosigkeit	65
schwerer Erkrankung	64
fehlender Bürgernähe der Politiker	64
Pflegefall im Alter	62
Terrorismus	43*/48**
Drogen- und Alkoholsucht der eigenen Kinder	48
geringerem Lebens - standard im Alter	48
Spannungen durch Zuzug von Ausländern	45
Vereinsamung im Alter	40
Krieg mit deutscher Beteiligung	33
Straftaten	24
Zerbrechen der Partnerschaft	24

\*Umfrage **vor** den  
Anschlägen in London

\*\*Umfrage **nach** den  
Anschlägen in London

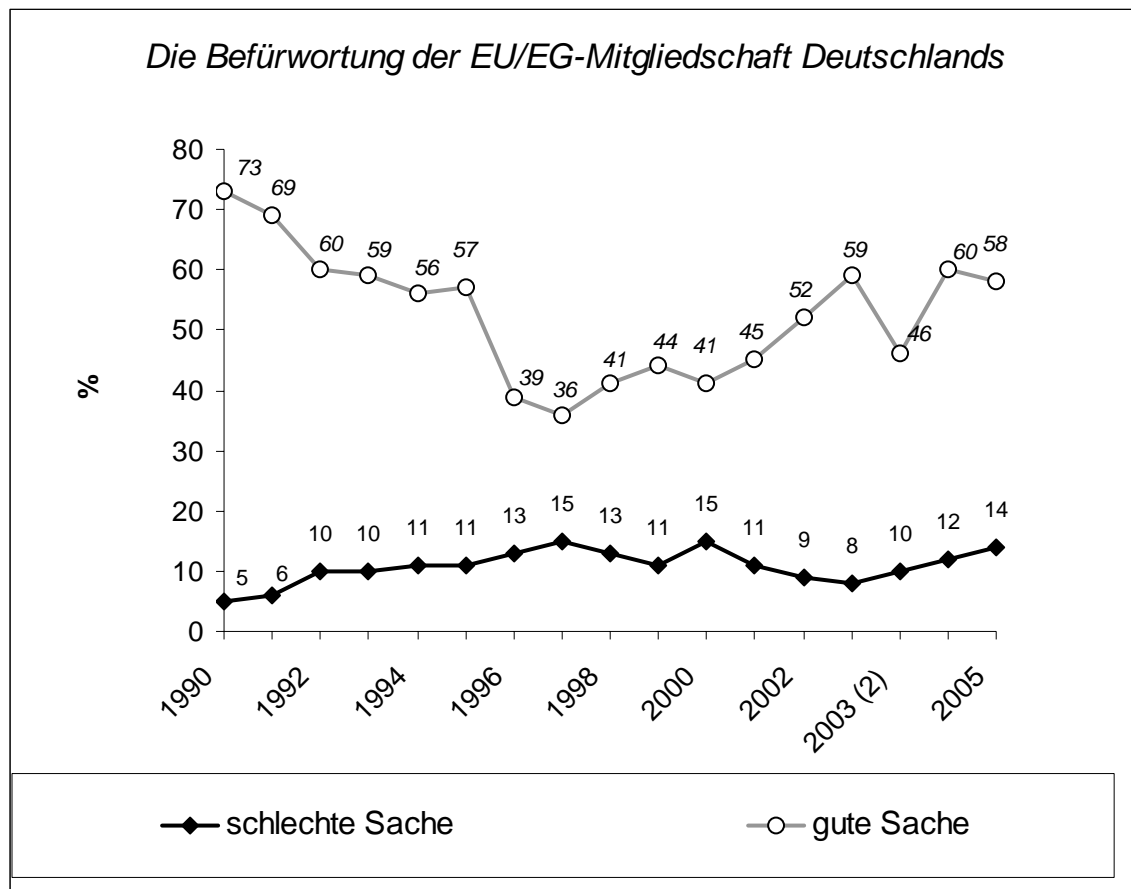
Quelle: Infocenter der R+V Versicherung: Die Ängste der Deutschen 2005, Grafiken: Wirtschaftliche Ängste drücken die Stimmung, 2005.

## II. Die Deutschen und Europa

### 21. Die Befürwortung der EU/EG-Mitgliedschaft Deutschlands

Frage: "Generally speaking, do you think that Germany's membership of the European Union is ...?" [Gesamtdeutschland, Prozentwerte]

	<b>schlechte Sache</b>	<b>gute Sache</b>
<b>Herbst 1990</b>	5	73
<b>Herbst 1991</b>	6	69
<b>Herbst 1992</b>	10	60
<b>Frühjahr 1993</b>	10	59
<b>Frühjahr 1994</b>	11	56
<b>Frühjahr 1995</b>	11	57
<b>Frühjahr 1996</b>	13	39
<b>Frühjahr 1997</b>	15	36
<b>Frühjahr 1998</b>	13	41
<b>Frühjahr 1999</b>	11	44
<b>Frühjahr 2000</b>	15	41
<b>Frühjahr 2001</b>	11	45
<b>Frühjahr 2002</b>	9	52
<b>Frühjahr 2003</b>	8	59
<b>Herbst 2003</b>	10	46
<b>Herbst 2004</b>	12	60
<b>Frühjahr 2005</b>	14	58

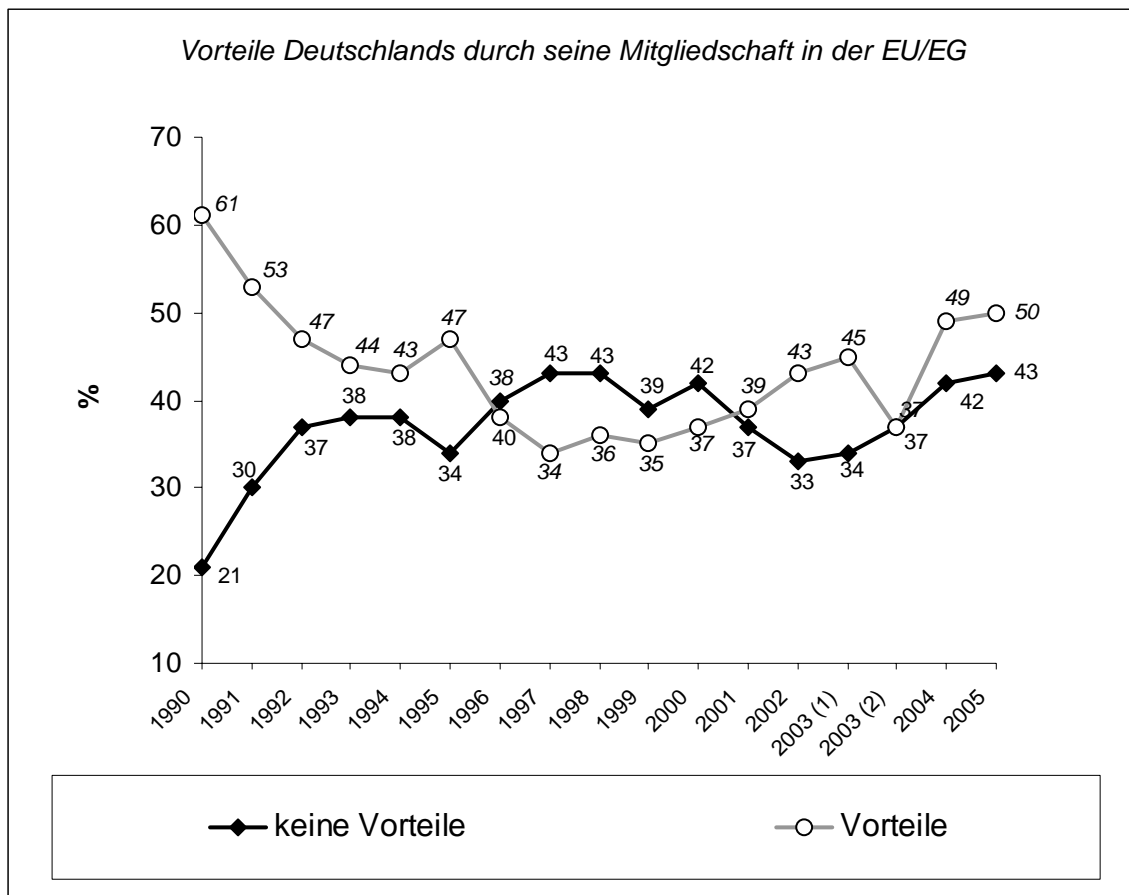


Quelle: Eurobarometer 32 (Herbst 1989) - 63 (Frühjahr 2005) (Grafik: Enskat).

## 22. VORTEILE DEUTSCHLANDS DURCH SEINE MITGLIEDSCHAFT IN DER EU/EG

(Frage: "Taking everything into consideration, would you say that Germany has on balance benefited or not from being a member of the European Union?") [Gesamtdeutschland, Prozentwerte]

	keine Vorteile	Vorteile
Herbst 1990	21	61
Herbst 1991	30	53
Herbst 1992	37	47
Frühjahr 1993	38	44
Frühjahr 1994	38	43
Frühjahr 1995	34	47
Frühjahr 1996	40	38
Frühjahr 1997	43	34
Frühjahr 1998	43	36
Frühjahr 1999	39	35
Frühjahr 2000	42	37
Frühjahr 2001	37	39
Frühjahr 2002	33	43
Frühjahr 2003	34	45
Herbst 2003	37	37
Herbst 2004	42	49
Frühjahr 2005	43	50

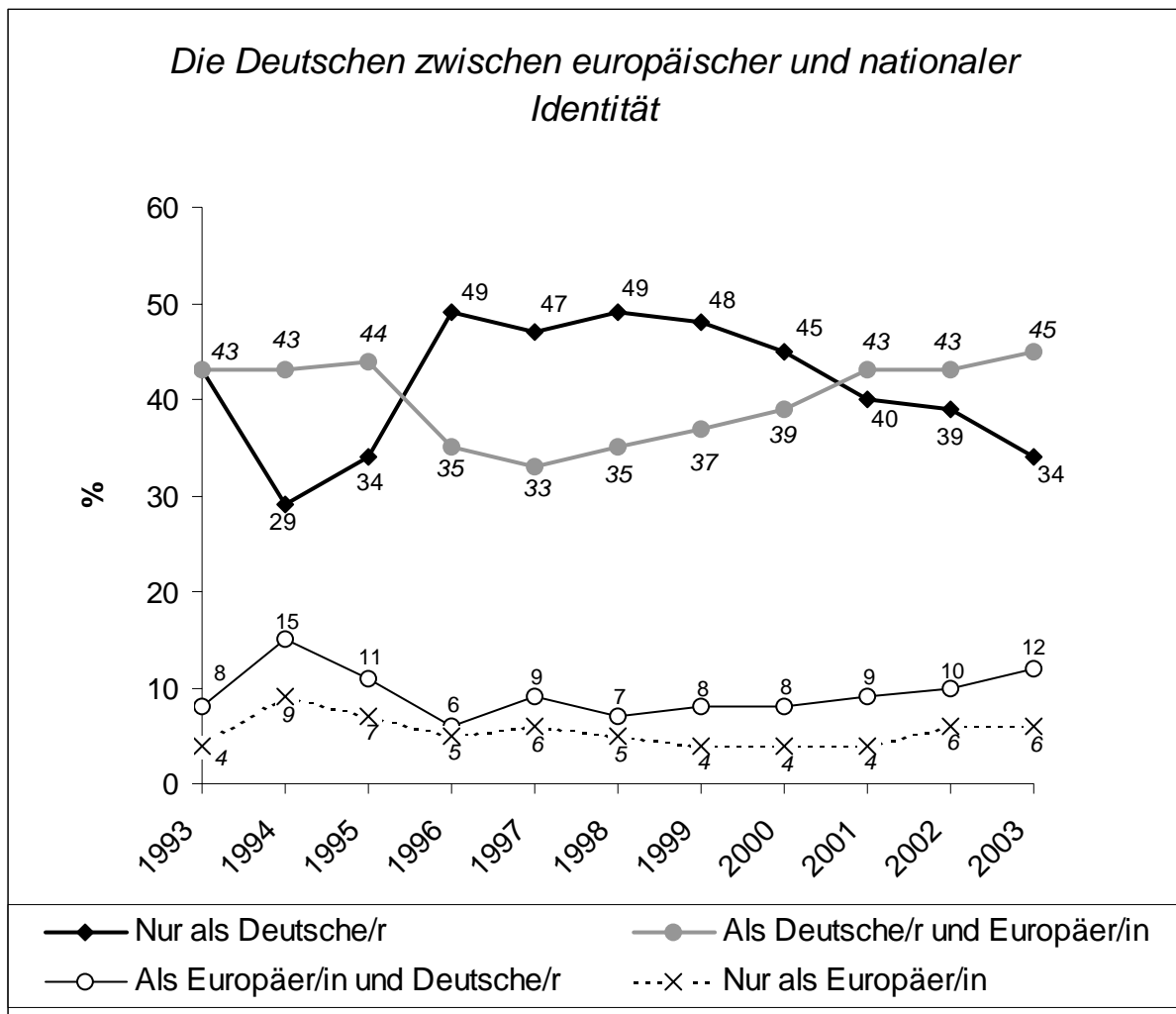


Quelle: Eurobarometer 32 (Herbst 1989) - 63 (Frühjahr 2005) (Grafik: Enskat)

### 23. DIE DEUTSCHEN ZWISCHEN EUROPÄISCHER UND NATIONALER IDENTITÄT

Frage: "In the near future do you see yourself as ...? [Gesamtdeutschland, Prozentwerte]"

	Nur als Deutsche/r	Als Deutsche/r und Europäer/in	Als Europäer/in und Deutsche/r	Nur als Europäer/in	Gesamt (Rest: "weiß nicht")
Herbst 1993	43	43	8	4	98
Herbst 1994	29	43	15	9	96
Frühjahr 1995	34	44	11	7	96
Herbst 1996	49	35	6	5	95
Frühjahr 1997	47	33	9	6	95
Frühjahr 1998	49	35	7	5	96
Herbst 1999	48	37	8	4	97
Frühjahr 2000	45	39	8	4	96
Herbst 2001	40	43	9	4	96
Frühjahr 2002	39	43	10	6	98
Frühjahr 2003	34	45	12	6	97



Quelle: Eurobarometer 32 (Herbst 1993) - 60 (Herbst 2003) (Grafik: Enskat).

## 24. Die Europäische Verfassung wird von der Mehrheit der Deutschen unterstützt.

Frage: „Bei einer Volksabstimmung über die Europäische Verfassung...“

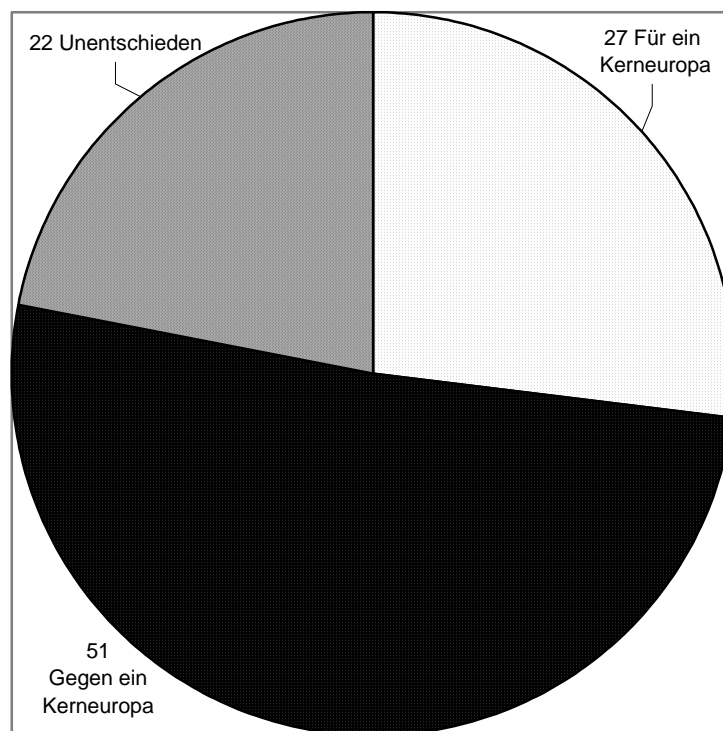
wäre ich dafür	59 %
wäre ich dagegen	15 %
weiß ich nicht	26 %

Quelle: Infratest dimap: Umfrage zur Europäischen Verfassung, im Auftrag von ARD: Bericht aus Berlin <<http://www.infratest-dimap.de/?id=229&aid=1>> Rev.05.27.2005.

## 25. Die Mehrheit der Deutschen spricht sich gegen die Idee eines Kerneuropas aus.

Frage: „Es gibt ja immer mal wieder die Forderung, dass sich einige Eu-Mitgliedsländer zu einem Kerneuropa zusammenschließen, dass diese Länder in bestimmten Politikbereichen enger zusammenarbeiten als die übrigen EU-Staaten. Darüber unterhalten sich zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch sie denken?“ (Angaben in Prozent)

### Kerneuropa - Pro und Contra



*Für ein Kerneuropa* - "Ich bin für ein Kerneuropa. Die Europäische Union hat mittlerweile so viele Mitglieder, dass eine gemeinsame europäische Politik kaum mehr möglich ist. Damit Europa handlungsfähig bleibt, sollten sich einzelne Staaten zu einem Kerneuropa zusammenschließen, um in einigen Politikbereichen enger zusammenzuarbeiten als die übrigen EU-Staaten."

*Gegen ein Kerneuropa* - "Das sehe ich anders. Ein geeintes Europa kann nur funktionieren, wenn alle Mitgliedsstaaten versuchen sich auf eine gemeinsame Politik zu einigen. Ein Kerneuropa würde nur zur Bildung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft innerhalb der EU führen."

Quelle: Ifd Allensbach: Pressebericht Nr. 3/2004 (Graphik: Lunkenheimer).



26. Der Osterweiterung der EU sah die Mehrheit ziemlich emotionslos entgegen. Die meisten hielten sie zwar für notwendig aber nicht unbedingt für vorteilhaft (bis auf Spanien gilt dies auch für die anderen großen Staaten der EU). Besonders Arbeitsplätze sah die Bevölkerung durch die Erweiterung gefährdet. Nach ihrer Meinung war gerade Ostdeutschland nicht ausreichend auf die Konkurrenz vorbereitet.

Frage: "Next May ten new countries will become members of the European Union. How do you feel this will affect (your country)? Do you feel it..." (Angaben in Prozent/ in Klammern die Werte von 2000/01)

	Italy	France	Spain	UK	Germany	Average
Is necessary and advantageous	<b>40.4</b> (31.2)	<b>22.9</b> (14.4)	<b>51.6</b> (58.1)	<b>32.6</b> (21.3)	<b>25.3</b> (25.3)	<b>34.6</b> (27.8)
Is necessary but disadvantageous	<b>16.5</b> (10.7)	<b>27.3</b> (21.9)	<b>27.1</b> (20.5)	<b>21.2</b> (15.0)	<b>20.8</b> (20.9)	<b>22.6</b> (17.9)
Should have been limited to few countries	<b>20.3</b> (30.9)	<b>19.8</b> (29.2)	<b>11.3</b> (10.0)	<b>16.6</b> (19.7)	<b>25.1</b> (28.6)	<b>18.6</b> (24.9)
Should have been avoided, because it will entail more problems than advantages	<b>22.8</b> (27.1)	<b>30.0</b> (34.5)	<b>10.0</b> (11.4)	<b>29.6</b> (44.0)	<b>28.8</b> (25.1)	<b>24.2</b> (29.3)
TOTAL	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
don.t know / no answer / refusal	<b>11.6</b> (11.3)	<b>2.9</b> (6.5)	<b>21.3</b> (27.9)	<b>13.0</b> (8.5)	<b>8.1</b> (3.5)	--

Frage: "And what impacts will the enlargement have on the following aspects?"

	positive	negative	no impact	don't know/no answer
The economy of your country	29	46	17	8
Unemployment of your country	11	64	20	5
The possibility of impeding illegal Immigration to your country	16	60	17	7
The political weight of Europe on the international scenario	43	23	21	13

Quelle: Fondazione Nord Est/Demos Poll. Enlargement and European Integration – Citizens, attitudes and expectations, April 2004 < [http://www.gms-gmbh.com/admincenter/links/documents/20040607112929\\_Report%20\(english\).pdf](http://www.gms-gmbh.com/admincenter/links/documents/20040607112929_Report%20(english).pdf) > Rev. 05.29.2005.

Frage: „Glauben Sie, dass Ostdeutschland ausreichend auf die Konkurrenz mit den osteuropäischen Nachbarn der EU vorbereitet ist?“

	ja	nein	weiß nicht
<b>APRIL 2004</b>	24 %	68 %	8 %

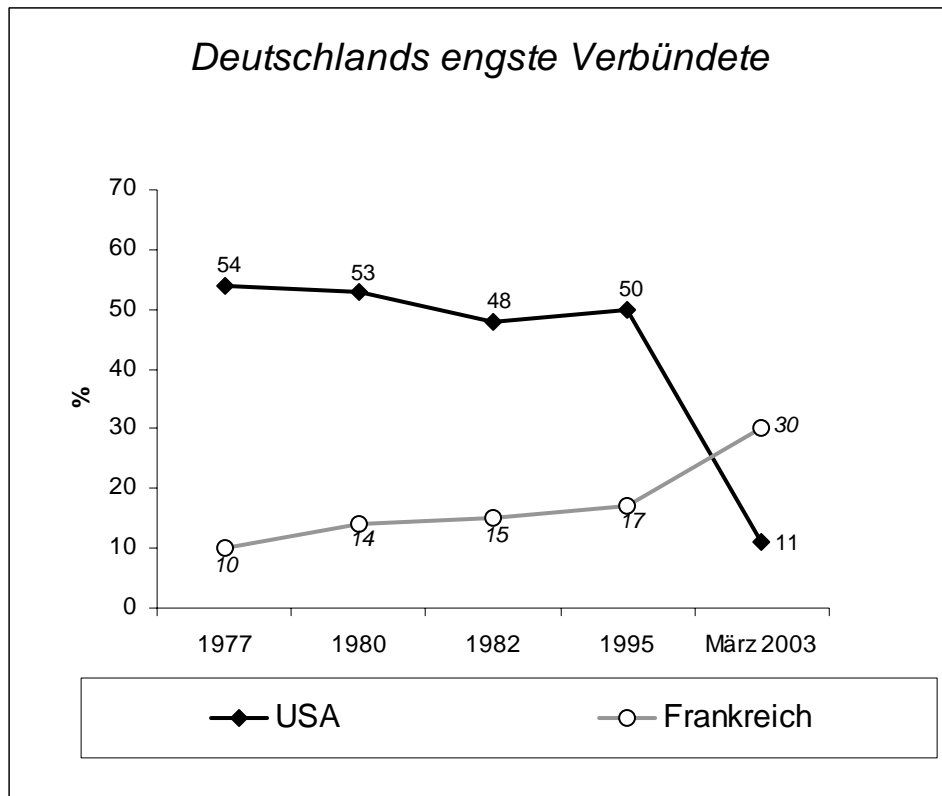
Quelle: Infratest Dimap: Umfrage vom 27.-28.04.2004,  
[www.dimap.de/content/viewcontent.php?a=main&b=umfragen&c=a7684899ded9358b65b19b8503845990&d=dimap&e=dimap](http://www.dimap.de/content/viewcontent.php?a=main&b=umfragen&c=a7684899ded9358b65b19b8503845990&d=dimap&e=dimap) Rev.05.28.2005.

### III. Deutschland und seine Verbündeten

27. Die USA und Frankreich sind nach wie vor Deutschlands engste Verbündete

Frage: "Welches Land der Welt betrachten Sie als besten Freund Deutschlands?"  
[Westdeutschland, Prozentwerte, nach Vorlage einer Liste]

	USA	Frankreich
1977	54	10
1980	53	14
1982	48	15
1995	50	17
März 2003	11	30



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, übernommen aus: Petersen, Thomas, Gefährdete Freundschaft. Die Deutschen gehen auf Distanz zu Amerika, FAZ vom 19.03.2003, S. 5 (Graphik: Enskat).

28. Im Hinblick auf die bilaterale Zusammenarbeit sind für die Deutschen nach wie vor die Beziehungen zu Frankreich und zu den USA von herausragender Bedeutung. Allerdings meinen nicht nur mehr, dass sie mit Frankreich bereits besser sind als sie sein müssten, sondern auch deutlich weniger dass sie mit den USA so gut sind wie sie sein sollten. Hinsichtlich der Kluft zwischen Sein und Sollen stechen als besonders defizitär die Beziehungen zu Großbritannien, Japan und China hervor. Im Kontrast dazu erscheinen den Deutschen die Beziehungen mit Russland und Österreich besser als wirklich nötig. In dieser Hinsicht sticht Israel hervor, mit dem nur 13 Prozent der Deutschen eine enge Zusammenarbeit sucht und von dem auch mehr als das Doppelte glaubt, dass die Beziehungen bereits besser und enger sind als nötig.

Frage: „Man hört sehr verschiedene Mahnungen, mit welchen Ländern der Welt Deutschland möglichst eng zusammenarbeiten sollte. Was ist Ihre Ansicht?“ (Listenvorlage)

Frage: „Wie schätzen Sie das ein: Zu welchen Ländern von der Liste hier hat Deutschland heuet besonders gute und enge Beziehungen?“ (Prozentwerte/ Listenvorlage)

<i>LAND</i>	Da sollten wir eine enge Zusammenarbeit suchen	Da ist die Zusammenarbeit bereits besonders gut und eng
Frankreich	70	78
USA	63	41
Großbritannien	46	28
Japan	44	24
China	42	22
Russland	41	45
Schweiz	39	27
Österreich	38	43
Italien	36	32
Spanien	32	30
Polen	26	29
Tschechische Republik	23	20
Ungarn	23	20
Israel	13	25

Quelle: Allensbach IfD-Umfrage 7068 (März 2005)

Die Sympathie der Deutschen zu ihren „Freunden“ hat sich in den letzten Jahren deutlich verschoben. Während Anfang der 90er die Amerikaner noch am positivsten betrachtet wurden, sind sie heute deutlich hinter die Franzosen zurückgefallen. Neben dem Irakkrieg scheinen hierbei die Staatspräsidenten eine entscheidende Rolle zu spielen. Der französische Präsident Chirac ist in Deutschland um ein vielfaches populärer als sein amerikanischer Amtskollege George W. Bush jr., der sogar deutlich hinter dem russischen Präsidenten Putin liegt (Stand: Frühjahr 2005).

Frage: „Mögen Sie eigentlich die Franzosen, oder mögen Sie sie nicht besonders?“

	ich mag sie	mag sie nicht
<b>2005</b>	47 %	18 %

Frage: „Mögen Sie eigentlich die Amerikaner, oder mögen Sie sie nicht besonders?“

	ich mag sie	mag sie nicht
<b>2005</b>	30 %	36 %
<b>1991</b>	48 %	22 %

Frage: „In der deutschen Außenpolitik gibt es ja häufig eine Gratwanderung zwischen unserer Bindung an Frankreich und der an die USA. Was ist wichtiger: dass die Beziehungen zu Frankreich nicht leiden oder die zu den USA?“

USA: 15 %  
 Frankreich: 39 %

(1997 teilten sich die Antworten eins zu eins auf)

Frage: „Wie ist ihre Meinung zu den folgenden Politikern?“

Eine „gute Meinung“ über den  
 französischen Präsidenten Jacques Chirac haben... 64 %

Eine „gute Meinung“ über den  
 amerikanischen Präsidenten George W. Bush jr. haben... 16 %

Eine „gute Meinung“ über den  
 russischen Präsidenten Wladimir Putin haben .... 34 %

Quelle: Elisabeth Noelle: Triumph der Gaullisten? Nach den Vereinigten Staaten wird "Erbfeind" Frankreich zum besten Freund, F.A.Z., 18.05.2005, S. 5.

Das deutsch-amerikanische Verhältnis wird allerdings Anfang 2005 von den Deutschen wieder deutlich besser eingeschätzt als noch zu Beginn des Jahres 2003.

Frage: „Würden Sie die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA als „(sehr) gut“ oder „(sehr) schlecht“ einschätzen?“

	(sehr) gut	(sehr) schlecht
Februar 2003	32 %	65 %
Mai 2004	50 %	46 %
Februar 2005	71 %	25 %

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politikbarometer Februar 2005, S.4.

29. Die Kooperation mit den europäischen Partnern hat eindeutig Vorrang vor der Zusammenarbeit mit den USA.

Frage: „Die einen sagen, wir sollten eng mit Frankreich zusammenarbeiten, dann wird Europa stark, und Amerika muss auf uns Rücksicht nehmen. Die anderen sagen: Nur Amerika garantiert uns Sicherheit. Darum dürfen wir in erster Linie nicht die Amerikaner verärgern. Wie denken Sie: wie die ersten oder wie die zweiten?“ (Prozentwerte)

	Westdeutschland		Ostdeutschland
	1980	2003	2003
Ich denke wie die ersten (Zusammenarbeit mit Frankreich stärkt Europa)	22	49	59
Ich denke wie die zweiten (Amerika garantiert Sicherheit)	45	19	8
Unentschieden	33	34	33

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, übernommen aus: Noelle, Elisabeth, Ein Gefühl echter Freundschaft. Die Deutschen haben großes Vertrauen zu Frankreich, FAZ vom 14. Mai 2003, S. 5.

Frage: “In terms of (own country) vital interests today, which is more important to (own country): the European Union or the United States of America ?” (Prozentwerte/ in Klammern: 2002)

<u>JUNE 2003</u>	GREAT BRITAIN	FRANCE	<u>GERMANY</u>	EUROPE
- European Union.....	57 <sup>(53)</sup>	95 <sup>(93)</sup>	<u>88</u> <sup>(81)</sup>	81 <sup>(77)</sup>
- United States.....	30 <sup>(36)</sup>	2 <sup>(3)</sup>	<u>6</u> <sup>(9)</sup>	10 <sup>(13)</sup>
- Both equally important [volunteered only].....	7 <sup>(7)</sup>	2 <sup>(1)</sup>	<u>4</u> <sup>(8)</sup>	6 <sup>(7)</sup>
- Don't know / Refusal .....	5 <sup>(4)</sup>	1 <sup>(1)</sup>	<u>2</u> <sup>(2)</sup>	3 <sup>(3)</sup>
	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: The German Marshall Fund of the United States (Hrsg.), Transatlantic Trends 2004 (Full Data), S. 26.

Frage: „Was ist für Deutschland wichtiger: eine möglichst enge Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Ländern, oder eine möglichst enge Zusammenarbeit mit den USA?“ (Prozentwerte)

	2005 (Deutschland gesamt)
mit anderen europäischen Ländern	50
mit den USA	6
beides gleichermaßen	40
unentschieden, keine Angabe	4

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7070 (Mai 2005).

30. Aus diesen Verschiebungen zugunsten Frankreichs bzw. Europas (und auf Kosten der USA) ergibt sich zwar generell ein Impuls zu einer "weichen Gegenmachtbildung", allerdings sind die Deutschen (wie auch die anderen Europäer) nicht bereit, dafür in "harte" (militärische) Ressourcen zu investieren

Frage: “Wenn Sie einmal danach gehen, was Sie wissen oder vermuten: Sind Europa und die USA militärisch in etwa gleich stark, oder sind die USA stärker, oder ist Europa stärker?”

*Falls USA stärker:* „Was meinen Sie: Sollte Europa versuchen, militärisch ein Gegengewicht zu den USA zu bilden, oder sollte Europa das nicht tun?“

	Bevölkerung insgesamt	WEST	Ost
In etwa gleich stark	12	11	16
USA stärker	73	75	64
Versuchen Gegengewicht zu bilden	13	12	16
Kein Gegengewicht bilden	46	49	33
Unentschieden, keine Angabe	14	14	25
Europa stärker	2	2	2
Unentschieden, keine Angabe	13	12	18
	100	100	100

Quelle: Allensbach IfD-Umfrage 7068 (März 2005).

Frage: "In thinking about international affairs, which statement comes closer to your position about the United States and the European Union?" (Prozentwerte/ in Klammern: 2004)

<u>JUNE 2004</u>	U.S	FRANCE	<u>GERMANY</u>	GREAT BRITAIN	EUROPE.
- The US should remain The only superpower .....	36 <sup>(40)</sup>	5 <sup>(5)</sup>	<u>12</u> <sup>(9)</sup>	19 <sup>(10)</sup>	11 <sup>(10)</sup>
- The European Union should become a su- perpower, like the United States .....	47 <sup>(41)</sup>	87 <sup>(83)</sup>	<u>68</u> <sup>(73)</sup>	57 <sup>(54)</sup>	70 <sup>(71)</sup>
- No country should Be a superpower .....	8 <sup>(8)</sup>	7 <sup>(10)</sup>	<u>15</u> <sup>(13)</sup>	16 <sup>(16)</sup>	15 <sup>(15)</sup>
- Don't know / other .....	9 <sup>(12)</sup>	2 <sup>(1)</sup>	<u>4</u> <sup>(4)</sup>	8 <sup>(9)</sup>	4 <sup>(4)</sup>
	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: The German Marshall Fund of the United States (Hrsg.), Transatlantic Trends 2005 (Full Data), S. 6.

Frage: "Are you opposed to superpower status for the European Union because you think it would require increased military expenditure?" (Gefragt wurden nur jene, die auf die letzte Frage: "The US should remain the only superpower" als Antwort gegeben haben/ Prozentwerte, an 100% fehlende: „Don't know/Refusal“/ in Klammern: 2004)

<u>JUNE 2005</u>	FRANCE (N = 50)	<u>GERMANY</u> (N = 95)	GREAT BRITAIN (N = 210)	EUROPE
- Yes .....	39 <sup>(36)</sup>	62 <sup>(65)</sup>	<u>50</u> <sup>(54)</sup>	53 <sup>(44)</sup>
- No .....	54 <sup>(56)</sup>	37 <sup>(35)</sup>	<u>45</u> <sup>(39)</sup>	44 <sup>(41)</sup>

Quelle: The German Marshall Fund of the United States (Hrsg.), Transatlantic Trends 2005 (Full Data), S. 7.



Frage: "Would you be willing for the European Union to be a superpower even if this implies greater military expenditures?" (Gefragt wurden nur jene, die auf die vorletzte Frage: "The European Union should become a superpower like the United States" als Antwort gegeben haben/ Prozentwerte/ an 100% fehlende: „Don't know/Refusal“/ in Klammern: 2004)

<u>JUNE 2005</u>	FRANCE (N = 839))	<u>GERMANY</u> (N = 753)	GREAT BRITAIN (N = 539)	EUROPE
- Yes .....	53 <sup>(54)</sup>	35 <sup>(35)</sup>	<u>51</u> <sup>(53)</sup>	45 <sup>(48)</sup>
- No .....	46 <sup>(43)</sup>	64 <sup>(63)</sup>	<u>43</u> <sup>(41)</sup>	52 <sup>(48)</sup>

Quelle: The German Marshall Fund of the United States (Hrsg.), Transatlantic Trends 2005 (Full Data), S. 8.

31. Hinzu kommt, dass die USA aus der Sicht der Deutschen zu einer der größten „Gefahren für den Frieden in der Welt“ zählen.

Frage: „Hier auf der Liste stehen die Namen von verschiedenen Ländern. Das ist sicher nicht einfach zu sagen, aber was vermuten Sie: Von welchen Ländern auf der Liste geht in den nächsten Jahren die größte Gefahr für die Bedrohung für den Frieden in der Welt aus?“ (Prozentwerte)

<u>LAND</u>	
Iran	50
Nordkorea	48
Irak	38
USA	35
Israel	25
Afghanistan	18
Pakistan	16
China	15
Libyen	13
Saudi Arabien	8
Russland	7
Ägypten	2

Quelle: Allensbach IfD-Umfrage 7068 (März 2005).